

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 219 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 21. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Der Reichsbischof
will „romfeie Kirche“

Seite 2

Deutsch-englische
Wirtschaftsspannung

Seite 4

Hitlers Verbot an der Jugend

Seite 7

Die Drohungen Neuraths

Seite 8

1184 Tote am 30. Juni

Noch unvollkommene Mordliste — Warum sie nicht veröffentlicht wird

Ein Brief

Aus Berlin erhielten wir folgenden Brief einer sehr bekannten, noch heute im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeit. Der Verfasser ist uns seit vielen Jahren bekannt. Sein Charakter und seine weitreichenden Beziehungen, die sich auch heute noch bis in die Spitzen der Ministerien und der Reichswehr erstrecken, bürgen für die Zuverlässigkeit seiner Angaben:

... Es war mir eine aufrichtige Freude, nun endlich die Ausgaben der „Deutschen Freiheit“ aus den letzten Monaten im Zusammenhang lesen zu können. Bisher hätte ich nur ganz selten ein Exemplar erwirbt und Auslandsreisen habe ich seit dem Umsturz schon aus Gründen persönlicher Vorsicht nicht mehr unternommen.

Zu meiner Überraschung fand ich, daß auch die Zahl der Opfer des 30. Juni noch viel zu niedrig angegeben, wenn Sie auch selbstverständlich sofort feststellten, daß die von Reichskanzler Hitler zugegebenen 77 Erschießungen weit hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Tatsache ist, daß im Reichspropagandaministerium eine Totenliste mit 1184 Namen existiert. Damit Sie nicht glauben, ich hätte mich verschrieben, läge ich in Worten hinzu: Eintausendeinhundertvierundachtzig ermordet! Meine unterrichteten Freunde so gut wie ich sind aber absolut sicher, daß auch diese Zahl von der Wirklichkeit noch übertrieben wird, denn in zahlreichen kleinen Provinzorten sind Leute ermordet worden, ohne daß eine Meldung hierüber an uns gelangte. Uebrigens hat vorübergehend die Absicht bestanden, die Totenliste der 1184 zu veröffentlichen, jedoch ist man davon abgekommen, weil sonst in jedem Orte hätte nachgeprüft werden können, ob seit dem 30. Juni verschwundene Volksgenossen auf der Liste stehen und so die Liste sich wahrscheinlich ganz von selbst gewaltig vergrößert hätte.

Außerdem in der Kadettenanstalt in Lichterfeld sind rund 400 Leute erschossen worden, und zwar brandete man dazu mehrere Tage. Tausende Bewohner von Lichterfeld haben drei Tage das Salvenfeuer der Standrechtskommandos mitangehört.

Es scheint mir fast, daß Sie die nachhaltende und zerschlagene Bedeutung des 30. Juni unterschätzen, weil keine Massenflucht aus der NSDAP eingeleitet hat. Die Freunde und Anhänger der erschossenen SA-Führer bleiben jedoch abfällig in der Partei tätig, um dort gegen Hitler und seine nächste Clique zu wirken, und der Haß, der Groll und die Rachegefühle sitzen sehr tief. Man muß in absehbarer Zeit mit einer Serie von Attentaten gegen nationalsozialistische Führer rechnen, und diese Furcht ist auch in den oberen Schichten der NSDAP sehr groß.

Uebrigens haben Sie keine Gründe über die Verabschiedung des Generalleitnants von Fleck mitgeteilt. Er ist vom Führer entlassen worden, weil sich in den Akten von Schleichers Briefe Flecks gefunden haben.

Die Ermordung Schleichers hat sich anders abgespielt, als es in den vielen Auslandsberichten zu lesen ist. Zeugen der Tat waren neben den Mördern nur einige am Gartengitter der Schleicherischen Villa spielende Kinder, die hinzutreten, als zwei Autos mit SS-Leuten heranraffen. Schleicher trat in der Handschelle vor seine Türe und wurde sofort totgeschossen. Gleich danach erzielte die Frau von Schleicher ihr Schicksal; sie wurde aber noch lebend ins Krankenhaus geschafft und ist dort nach zwei Stunden verstorben.

Herr von Papen ist entgegen auch von Ihnen übernommenen Behauptungen nicht mißhandelt worden. Er besand sich, als die SS in sein Ministerium eindrang, gerade zum Besuch bei dem erkrankten Reichswirtschaftsminister. Als er erfuhr, daß sein nächster Mitarbeiter von Bose im Vorzimmer erschossen worden war, forderte er Reichswehrschutz für seine Wohnung an, und dort ist er länger als eine Woche von Reichswehroffizieren bewacht worden.

Daß Hitler noch keinen Stellvertreter für das Reichskanzleramt ernannt hat, wird Ihnen längst aufgefallen sein. Was Sie aber anscheinend nicht wissen, ist, daß auch Dr. Goebbels in seinem maßlosen Ehrgeiz darauf drängt, Stellvertreter Hitlers im Reichskanzleramt zu werden. Jüngst wurde diese Frage in einem Kreise von Akademikern erörtert, an deren Tafelrunde sich auch der Reichsminister Schuler, der Stellvertreter des „Führers“ in der Partei, einzufinden pflegt. Er äußerte sich über die Kandidatur von Goebbels kurz und bündig: „Wenn er den Kerl nennt, trete ich aus der Partei aus.“

Trotz der scheinbaren Stabilisierung des Regimes ist die Ueberzeugung in politischen Kreisen fast allgemein, daß das System nicht mehr lange zu halten ist und trotz der Einschüchterung und Knechtlichkeit, die nach dem 30. Juni die sogenannte „Reaktion“ erfaßt hat, rechnet sie dennoch mit einer baldigen Ablösung der jetzigen Machthaber durch konservative und militärische Kräfte. Sich darüber in Spekulationen einzulassen, ist jedoch einseitig zwecklos. Sicher ist jedenfalls, daß ein Umsturz zu einem geordneten konservativen Regime hin von den meisten Gegnern der NSDAP als ein Fortschritt begrüßt werden würde, und ich vermute sogar: auch von vielen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, auch wenn Sie mir das vielleicht nicht glauben, wobei ich gerne zugebe, daß dieses Schicksal den mit einem konservativen Regime für die Arbeitermassen wahrscheinlich nur vorübergehend sein würde. Jetzt aber ist bei breiten Arbeiterschichten die Stimmung: „Nur fort mit den Kerlen, egal was kommt.“

Die Mäeutungen übersteigen jedes vorstellbare Maß und es gibt allmählich auch viele sehr nüchtern denkende Offiziere, die an die Ueberlegenheit der deutschen Luftstreitkräfte glauben und mit der Möglichkeit eines Offensivkrieges rechnen. Wenn ich auch bezweifle, daß die Generalität schon dieser Meinung ist. Die Macht der Reichswehr als politischer Faktor ist unter seiner der früheren Regierungen so hart gewesen wie jetzt, und sie wird in absehbarer Zeit bei großen inneren und außenpolitischen Entscheidungen auf den Schauplatz treten. Mehr ist darüber bei vorsichtiger Abwägung zur Zeit nicht zu sagen...

Vom Teufel geholt

Der Präsident des Blutgerichts

Nach kurzem Krankenlager starb an den Folgen einer Gallenentzündung Dr. Erik Rehn, der Präsident des Volksgerichtshofes in Berlin, im Alter von 62 Jahren.

Das „Volksgericht“ ist erst seit dem 1. August an der Arbeit. Nicht einmal zwei Monate Tätigkeit hat das Schicksal dem Dr. Erik Rehn mit der kranken Galle zugewiesen. In dieser kurzen Zeit hat der gallige Senatspräsident allerdings schon wild gewütet. Er hat den sozialistischen Kämpfer Alfred Häutig zum Tode verurteilt, obwohl in der Urteilsbegründung steht, daß nicht erwiesen ist, ob Häutig überhaupt erschossen hat. Rehn hat also legal einen Mord verlangt. Sein Staatsanwalt ist übrigens der berühmte Jörns, der unter dem Verdacht steht, die Mörder von Viehnecht und Vuzemburg begünstigt zu haben.

Unter den von der Terrorjustiz erfaßten Opfern befinden sich zahlreiche tapfere Kommunisten und Sozialdemokraten. So der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Georg Schumann, ein Mann, dessen Ideationismus in Jahrzehnten erprobt ist, einer der sachlichsten und lautersten Abgeordneten, die der Deutsche Reichstag je gehabt hat. Eines der letzten Urteile wurde gegen illegale Sozialdemokraten gefällt: 33 Jahre Zuchthaus. Im Monat August hat das „Volksgericht“ gegen 50 deutsche Volksgenossen, die das Verbrechen und die Schande der Hitlerdiktatur über unser Vaterland bekämpften, hundertfünfundeinhalb Jahre Zuchthaus und zweihunddreißigjährig Jahre Gefängnis verhängt.

Mit den Füssen seiner Opfer beladen geht Rehn in die Ewigkeit.

Für Deutschland — gegen Hitler!

Eine Antwort an die „Saarbrücker Zeitung“

Von Victor Schiff

Paris 19. September.

Die „Saarbrücker Zeitung“ hat sich in der vergangenen Woche mit Ausführungen beschäftigt, die ich im Rahmen einer Aussprache auf einem internationalen Pressefrühstück in Paris am 3. Juli über das Saar-Problem gemacht habe. Das gleichgeschaltete Blatt scheint sich darüber zu wundern, daß ich als Emigrant den rein deutschen Charakter des Saargebietes betont habe. Es meint daher, ich käme halt „innerlich von Deutschland nicht los“.

Durchaus richtig! Aber daselbe gilt für alle sozialdemokratischen deutschen Emigranten. Uns alle verbindet mit Deutschland das Bewußtsein, bessere Deutsche zu sein als jene, die Deutschlands Namen in den Augen der zivilisierten Welt geschändet haben. Von dem jetzigen Gangster-Reich haben wir uns nicht nur räumlich, sondern auch geistig völlig losgelöst. Aber unsere Liebe gehört stärker denn je dem hochentwickelten, aber geknechteten Volke, dessen beste Teile einen heldenmütigen Kampf für die Befreiung aus der jetzigen Barbarei führen. Und manche, die uns heute auf Befehl schmähen, werden uns einst dankbar dafür sein, daß wir in dieser Zeit tiefster deutscher Schmach immer wieder der gestifteten Welt zum Bewußtsein brachten, daß es ein anderes Deutschland gibt als der regierenden Gangsters, ihrer Lands- und Völkervernechte und ihrer gleichgeschalteten Schreiber.

Die „Saarbrücker Zeitung“ meint fast mitteilig, sie hätte „volles Verständnis für die Situation eines Emigranten“. Diese Teilnahme wird hiermit dankend abgelehnt. Denn mein Emigranten-Schicksal möchte ich keinesfalls gegen das Los jener Gleichgeschalteten tauschen, die um des lieben Brotes willen täglich gezwungen werden, sich selbst zu beschmutzen. Ich habe es nicht nötig, über die Verfolgung, Folterung oder Ermordung meiner politischen Freunde zu schweigen, während z. B. mancher gleichgeschalteter ehemaliger Zentrumsjournalist an der Saar und anderswo den Mördern von Klausener, Adalbert Probst und anderen huldigen muß, um nicht auf die Straße zu fliegen.

Nun aber zur Sache. Ich habe in meiner Ansprache

Die „Versöhnung“ der Neinsager

Wie sie in Wirklichkeit aussieht

Berlin, 20. Sept. Die gleichgeschaltete Presse will den Eindruck erwecken, als versuche man, die Millionen Neinsager durch eine Politik der Versöhnung zu gewinnen. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

... daß die Partei und ihre maßgeblichen Persönlichkeiten nicht nur neue Anhänger zu gewinnen hätten, sondern in den ernsten Zeiten, die noch bevorstehen, auch unter der großen Masse der in den letzten anderthalb Jahren neu gewonnenen Anhänger ständig gegen Kleinmut und Zweifel zu wirken hätten. Es wäre schlimm, so bemerkt das Blatt, wenn sich die Aufklärung und Erziehung allein auf die unbefangene Schor der noch zu gewinnenden Opponenten erstrecken sollte, so wenig darauf verzichtet werden soll, wird doch mit gleichem Nachdruck an der Befestigung der im Verzuge der Nation schon gewonnenen Stellung zu arbeiten sein.

Der „Angriff“ warnt in einem Aufsatz davor,

die Neinsager etwa durch Einschüchterungen oder Drohungen zu gewinnen. Der Unteroffiziers-ton, der dem wilhelminischen System manchen Schaden zugefügt habe, dürfe im alltäglichen Parteileben nicht wieder auferstehen. Die Mitglieder der Partei hätten das Volk persönlich und menschlich zu führen und alles, was die Partei an Büro und Geschäftsstellen unterhalte, sei nur dazu da, diese Arbeit zu erleichtern, nicht aber die Partei mit Dienstmittele dem Volke zu entfremden.

Hinter diesem schönen Versöhnungstheater wird aber die Verfolgung der politischen Gegner fortgesetzt. Es sind in den letzten Wochen Tausende Kommunisten

Fortsetzung siehe 2. Seite.

festgestellt, daß vor Hitlers Machtergreifung die Mehrheit an der Saar zugunsten der Rückgliederung mindestens 95 Prozent betragen hätte. Ich habe dabei — die „Saarbrücker Zeitung“ weiß es, denn ihr hat das Stenogramm dieser Reden vorgelegen, aber sie unterschlägt es — einen begeisterten Ausruf Max Brauns in diesem Sinne auf dem sozialistischen Parteitag zu Magdeburg im Jahre 1929 zitiert. Die heutige, wachsende Opposition, erklärte ich weiter, gelte also nicht Deutschland, sondern ausschließlich dem Hitler-Regime. Und deshalb regte ich an (am 3. Juli), man müsse den Hitler-Propagandisten gegen den Status quo das Argument aus der Hand schlagen, daß, falls eine Mehrheit gegen die Rückgliederung am 13. Januar zustande käme, das Saar-Volk auf ewig die Gelegenheit zur Rückkehr ins Reich verlerne. Daher müßten Mittel und Wege gefunden werden, um der Saar-Bevölkerung klar zu machen, daß sie im Falle einer Status-quo-Mehrheit später, nach einer Wiederherstellung demokratischer und zivilisierter Zustände im Reich, die Möglichkeit haben würde, in einem zweiten Plebiszit für die Rückgliederung zu stimmen.

Diese Anregung habe ich ohne besondere Zuhilfenahme mit meinen Parteifreunden an der Saar in die Debatte geworfen. Erst später habe ich zu meiner Freude erfahren, daß derselbe Gedanke auch von Max Braun und anderen bereits früher zur Sprache gebracht worden war. Und drei Wochen später habe ich mit Genugtuung gelesen, daß die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf ihrer Brüsseler Tagung Ende Juli diesen Gedankengang in noch klarerer Formulierung, als ich es in meiner völlig improvisierten Ansprache hatte tun können, zur Forderung erhoben hat.

Nun behauptet die „Saarbrücker Zeitung“, der französische Abgeordnete André Fribourg hätte mich „nach diesen Verbeugungen“ abfahren lassen. Das ist eine bewußte Irreführung. Die Polemik Fribourgs gegen mich bezog sich ausschließlich auf zwei Punkte meiner Rede: 1. auf meine Ansicht, daß die französische Regierung sich bei der Festsetzung des 13. Januar 1935 als Abstimmungs- tag vorzeitig mit papierernen Garantien bezüglich eines wirklich freien Plebiszits begnügt hätte; 2. auf meine Forderung, die jetzige Opposition gegen Hitler an der Saar nicht mit den ehemaligen Separatisten am Rhein zu verwechseln, denn mit diesem schiefen Vergleich spiele man nur den Hitler-Agenten in die Hände.

Mit keinem Worte hat Herr Fribourg gegen meine oben erwähnte Anregung Stellung genommen. Auch Herr Gabriel Perreux, der den Vorsitz führte, hat sich keineswegs dagegen gebandt. Daß er meine Ausführungen als eine „deutsche Auffassung“ bezeichnete, hätte ich nur dann als Kränkung empfinden können, wenn er damit gemeint hätte, ich verträte einen hitlerdeutschen Standpunkt. Seine Redemengung ist natürlich von jedem Anwesenden so verstanden worden, wie sie gemeint war: meine Ausführungen und Anregungen seien schon deshalb beachtenswert, weil sie von einem Manne stammten, den er nach wie vor als einen Deutschen betrachte.

Mit besonderer Genugtuung habe ich feststellen können, daß sich der Gedanke einer zweiten Abstimmungsmöglichkeit nach dem Status quo trotz aller ursprünglichen formaljuristischen Schwierigkeiten immer stärker Bahn bricht. Die jüngste französische Note enthält einen ungewöhnlichen Hinweis auf diese Möglichkeit. Es ist eine Dreistigkeit der „Saarbrücker Zeitung“, dies zu bestreiten, denn sie kennt sehr wohl die inspirierten Erklärungen, die die führenden Pariser Blätter am Tage nach ihrer Veröffentlichung gedruckt haben und in denen ausdrücklich betont wurde, daß damit ein Gedanke Max Brauns und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale aufgegriffen worden sei.

Aus der Haltung der „Saarbrücker Zeitung“ läßt sich deutlich erkennen, wie sehr Hitler-Deutschland die Idee einer zweiten Volksabstimmung als einer späteren Korrekturmöglichkeit für den Status quo fürchtet. Sie beweist mir jedenfalls, wie sehr ich in meiner Rede am 3. Juli das Richtige getroffen hatte und ich bin der „Saarbrücker Zeitung“ für ihre nachträgliche Bestätigung dankbar. Ich werde auch weiterhin mit allen meinen Kräften als Emigrant, ob in der Saar- oder in allen anderen Fragen gegen Hitler kämpfen, das heißt: für Deutschland!

Das Neueste

Die amerikanischen Streikunruhen haben am Mittwoch wieder zugenommen. In Nord- und Südkarolina haben bisher neun Personen bei den Unruhen den Tod gefunden.

Der Staat Kalifornien in Mexiko wurde von zahlreichem heftigen Erdbeben heimgesucht, die großen Schaden anrichteten.

Bei Weihwei in China kenterte ein chinesischer Marineschiff. 20 Matrosen sind ertrunken, 60 werden vermisst.

Die Gesamtzahl der Todesopfer des amerikanischen Textilarbeiterstreiks stellt sich gegenwärtig auf dreizehn, trotz des Schutzes durch die Nationalgarde. Die Zahl der Streikenden beträgt 421 000.

Einer Exchangemeldung aus Genf zufolge haben Barthou und Vivian den Plan eines Paktes gegenseitigen Beistandes keineswegs aufgegeben. Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, die Weigerung Deutschlands und das mögliche Fernbleiben Polens würden Frankreich und die Sowjetunion nicht davon abhalten, einen Pakt mit allen europäischen Mächten zu schließen, die zum Beitritt bereit seien.

361 Jahre Kerker

In einem Monat

Paris, 20. Sept. (Anpres): Nach einer vorläufigen Statistik der „Notenliste“ wurden in Deutschland im Monat August allein 362 Jahre Zuchthaus und 200 Jahre Gefängnis für politische Delikte verhängt. Die Vergleichszahlen mit dem Monat August im Vorjahr weisen „nur“ 140 Jahre Zuchthaus und 109 Jahre Gefängnis auf. Im vergangenen Monat verhängten somit die staatlichen Gerichte mehr als das Doppelte an Strafen als im Vorjahr. Davon entfallen auf die Tätigkeit des neugegründeten sogenannten „Vollgerichts“ im ersten Monat seines Bestandes allein 115 Jahre Zuchthaus und 92 Jahre Gefängnis.

Die „Versöhnung“ der Neinsager

Ausgabe von Seite 1.

und Sozialdemokraten verhaftet worden, und zwar am meisten in den katholischen Gebieten Westdeutschlands, die viele Neinstimmen aufgebracht haben. Auch frühere Zentrumsleute befinden sich unter den Verhafteten.

Richtig ist, daß nach dem 19. August auch einige bekannte Sozialdemokraten entlassen worden sind, darunter der frühere Berliner Reichstagsabgeordnete Künzler. Verschwiegen wird aber, daß alle zur Entlassung gekommenen Gegner Hitlers sich schriftlich verpflichten mußten, jede weitere marxistische Tätigkeit zu unterlassen und jeden Verkehr mit ihren früheren Freunden abzubauen. Einige führende Sozialdemokraten, deren Namen wir verschweigen, um die Gefahr für sie nicht noch zu vermehren, haben die Unterschrift verweigert, und ihre Haft

Reichsbischof will „romfreie Kirche“

Offene Kampfansage des offiziellen Kirchenbeauftragten Adolf Hitlers gegen Katholiken, Juden und oppositionelle Geistliche — Die wichtigsten Stellen der Rede Müllers vom amtlichen Deutschen Nachrichtenbüro unterschlagen — Die Kämpfe in Süddeutschland gehen weiter — Pfarrer in Schutzhaft

Berlin, 20. Sept. Nach wie vor hält sich Hannover als Sitz der Opposition gegen die Berliner Reichskirchenzentrale Müllers. Der Landesbischof Karaden ist bisher nicht niedergelungen worden. Mehr als 800 Pfarrer und Zehntausende der Gläubigen stehen bekenntnislos hinter ihm. Zudem hat nun der Reichsbischof höchstpersönlich versucht, die Ungetreuen von Hannover wieder zu gewinnen. Im Appellssaal der Stadthalle von Hannover hielt er in überfüllter Versammlung eine Rede, die deutlicher als alle bisherigen Kundgebungen erkennen läßt, in welcher Richtung die Reichskirchenregierung mit seinem hitlertrauen Reichsbischof wandeln will.

Der Reichsbischof stellt an die Spitze seiner Rede den Grundgedanke, daß die evangelische Kirche sich in den nationalsozialistischen Staat einzuordnen habe. Der Nationalsozialismus ist für ihn „der Appell an den natürlichen Instinkt des Menschen, an das innerste Wesen, an das Gefühl für Freiheit, für Ehre, Anstand und Recht, eine Bewegung, die ihre Kraft aus Treue, Gehorsam, Glauben und Gattungsvertrauen genommen habe“. Aus diesen Gründen habe er sich der Bewegung angeschlossen, und als er dann mit dem Führer zusammengetreten sei, da habe er gesagt: „Nachdem ich auf Erden lebe.“ Es wird eine Zeit geben, wo solche Sätze, gesprochen vom ersten Repräsentanten der evangelischen Kirche, als Anzeichen der tiefsten Erniedrigung des Protestantismus gewertet werden dürften. Wir haben keinen Anlaß, uns mit ihnen auseinanderzusetzen.

In dieser Rede ließ der Reichsbischof zum ersten Male deutlich erkennen, daß sich die Vereinstellung der evangelischen Kirche keineswegs nur auf die Organisation bezieht. Er sagte wörtlich:

„Was wir wollen, ist eine romfreie deutsche Kirche. Das Ziel, für das wir kämpfen, ist: Ein Staat, ein Volk, eine Kirche.“

Der Reichsbischof sagt also offen dem Katholizismus den Kampf an. Die katholische Glaubenswelt ist ohne den Papst, also ohne Rom, nicht denkbar. Damit wird dem Katholizismus als gleichberechtigte Glaubens- und Kirchenmacht offiziell vom Beauftragten Hitlers der Boden entzogen. Der Kampf gegen Rom“ proklamiert den offenen und uneingeschränkten Kulturkampf mit jeder nur wünschenswerten Klarheit. Vor dieser Entscheidung gibt es auch für die gleichgeschalteten Katholiken im „dritten Reich“ kein Ausweichen mehr. Hier müssen sich auch die deutschen Bischöfe bekennen und wahrmachen, was sie wiederholt in ihren Hirtenbriefen den Gläubigen empfahlen, unter Umständen zu „Märtyrern“ zu werden und die Fahnen des alten „Katalombengeistes“ zu entfalten.

Müller begnügte sich nicht mit der Herausforderung an den Katholizismus. Er drohte der evangelischen Opposition mit schärfster Abrechnung. Er bekannte sich zum schonungslosen Kampf gegen die Juden:

„Zum ersten Male seit Christi Zeit habe nun ein Volk es gewagt, den Juden Kampf anzulegen. In diesem Kampf gegen die Juden müssen die Christen alle zusammenstehen.“

Diese Worte soll man „lassen haben“. Der verantwortliche, vom Reichsführer mit der Kirchenführung beauftragte Mann ist damit endgültig festgelegt. Es hilft ihm nichts, daß das Deutsche Nachrichtenbüro bei der Wiedergabe seiner Rede die Stellen vom Hinanwurf der oppositionellen Pfarrer und die Stellen gegen die Juden unterschlagen hat. Der Welt kann nicht vorenthalten werden, daß die deutsche evangelische Kirche von einem Widerschriften geleitet wird, der sich bei seiner Haltung ausdrücklich auf das besondere Vertrauen des Führers und Reichskanzlers beruft.

Mit unverminderter Schärfe geht inzwischen der sächsisch-deutsche Kirchenkampf weiter fort. Aus Stuttgart wird berichtet, daß es auch hier zu öffentlichen Kundgebungen kirchenoppositioneller Protestanten zugunsten des disziplinierten Landesbischofs Wurm gegen das Reichskirchenregime gekommen ist. Nähere Nachrichten liegen bis zur Stunde nicht vor, da über die Presse eine strenge Zensur

dauert infolgedessen an. Wir bewundern Ihren Heroismus, verurteilen aber auch keineswegs diejenigen, die eine erprobte Loyalitätserklärung abgeben, um endlich die Freiheit zu erlangen. Wie klein zeigt sich Deutschlands „Führer“, daß er seine Opfer zu einer solchen Erklärung nötigt.

Der frühere Abgeordnete Künzler ist, wie die meisten Entlassenen, in einem bejammernswerten Zustande. Unter den noch immer in Haft Befindlichen ist der frühere Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens, Ernst Heilmann. Er befindet sich in Polizeihaft und hat über seine Behandlung nicht mehr zu klagen. Anscheinend gibt man ihm aber die Freiheit nicht, weil er nach den entsetzlichen Folterungen im Konzentrationslager zu einer Ruine geworden und ein lebendiges Zeugnis der schändlichen Grauel ist, die Hitler und die Banditen zu verantworten haben, denen wehrlose Gefangene im Konzentrationslager ausgeliefert worden sind.

Es läßt tief blicken, daß der Stuttgarter Sender von „bedauerlichen Ausschreitungen“ spricht. Den Zeitungen ist verboten, irgend etwas über diese Kämpfe, mit Ausnahme der Bekanntmachung des Reichsbischofs, zu veröffentlichen. Jetzt veröffentlicht „United Press“ einen Brief des Landesbischofs Wurm an den württembergischen Ministerpräsidenten Mergenthaler, in dem der Reichskirchenregierung angefleht wird, die zwangsweisen Eingliederung der Landeskirchen erneut Rechtsbruch vorgeworfen wird. Die von der Nationalkonferenz geforderte Eidesformel widerspreche dem religiösen Empfinden. Man werde nicht vor „Verteuerungen“ gegen die Landesbischöfe Meiser und Wurm zurück...

Am wildsten tobt jedoch der Reichskirchenkampf in Bayern. Der Landesbischof Meiser läßt sich durch die Androhung von Repressalien nicht entmutigen. Bei der Hebe gegen ihn steht Streicher „Frankische Tageszeitung“ in vorderster Linie. Sie gab einem Pfarrer Kuer das Wort, der behauptet, daß Meiser ein „Spion“ ist. Wörtlich: „Ueber die Feindschaft Meisers und seines Anhangs gegen das „dritte Reich“ ist von den Freiheitsliebenden Material gesammelt und wird verwertet.“ Was das im „dritten Reich“ bedeutet, bedarf keiner Erläuterung. Schon gestern berichteten wir, daß der Hauptschriftleiter der „Allgemeinen Rundschau“, Pfarrer Kähler von Järndorf, in Schutzhaft genommen worden sei. Er soll einem anderen Pfarrer gegenüber gesagt haben, wenn man ihn hängen wolle, dann möge man es gleich tun. In einem halben Jahr sei es zu spät. Einem anderen Pfarrer gegenüber soll Kähler nach der Volksabstimmung erklärt haben: „Das Testament Hindenburgs ist erfüllt.“

Die „Frankische Tageszeitung“ tolt. Dieser „infamen Hebe“ müsse das Handwerk gelegt werden. Die Verhaftung Kählers werde von jedem alten und wirklichen Nationalsozialisten mit offenkundiger Belriedigung empfunden werden.

Inzwischen sammeln sich die Getreuen um Meiser. Vor drei Tagen erscholl ihr Gesang in den Strohen Mühlens: „Ein selte Burg ist unser Gott“. Die Dinge haben sich so angeipigt, daß ein diktatorischer Befehl zur Abberufung Meisers aus Berlin die Schär der Widerspenstigen um ein Vielfaches vermehren dürfte.

Ausdehnung des Riesenstreiks

Zusammenstöße

dnb. Kennock, 20. Sept. Wie der Führer der streikenden Textilarbeiter, Gorman, mitteilt, sind etwa 100 000 Arbeiter der der Textilindustrie verwandten Industrien aufgefordert worden, am Montag in den Streik zu treten.

Im Laufe des Mittwochabend ist es in den verschiedenen Streikgebieten wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Polizei gekommen. In Waterville (Maine) wurde ein Polizist bei einem Handgemenge mit Streikenden verletzt. In Philadelphia ging die Polizei mit Knütteln vor, um Aufsammlungen der Streikenden zu zerstreuen. Der Belagerungszustand in Georgia wurde verlängert. In Little Falls (New York) wurde die Polizei von Streikenden umringt. Die Beamten haben sich genötigt, mit Tränengasbomben gegen die Menge vorzugehen.

Wie man zu wissen glaubt, soll Präsident Roosevelt die Absicht haben, in den Arbeitskampf selbst einzugreifen; allerdings dürfte zunächst das Arbeitsamt mit der Führung der Angelegenheit beauftragt werden.

Sowjetrußland wird vorgerückt

Die „Frankf. Zeitung“ teilt mit, daß von den polnischen Staatsangehörigen, die auf den Schiffen der Odinger-Amerika-Linie Gesellschaftsfahrten nach Leningrad mitmachen, jedesmal einige in Leningrad bleiben und sich weigern, die Rückfahrt anzutreten. Von den 108 Polen, die die letzte Gesellschaftsreise nach Leningrad mitmachten, sind 26 nicht mehr nach Polen zurückgekehrt.

Diese Auswanderung nach Sowjetrußland auf dem Wege über Gesellschaftsreisen zeigt deutlich, daß zahlreiche Polen es vorziehen, in der Sowjetunion Beschäftigung zu suchen, als im Lande der Pilsudski-Diktatur Kneppeln zu gehen.

Der „Erbfeind“ druckte die Gutscheine

Ein kleiner Beitrag zur Treuekundgebung

Saarbrücken, den 20. September 1934.

Nicht nur die Weltgeschichte — auch die Zeitgeschichte liebt ihre Treuekundgebung. Und sie hat sich einen besonders hübschen mit der sogenannten Hittlerischen Saartreuekundgebung in Koblenz-Ehrenbreitstein vom 20. August d. J. erlaubt. Es fahren die hiltlerdeutschen Männlein und Weiblein, die Hittlerischen und Hittlergänschen und natürlich in besonders großer Zahl die, die nicht alle werden und von denen schon der deutsche Dichter Friedrich v. Schiller sagte, daß mit ihrer Dummheit die Götter vergessens kämpfen. Es ging ihnen lauslich in ihren elenden Nachquartieren und bei ihrem hundertlangen Warten auf den Glou des Tages (Glou — nicht Glom!). Um ihre schwachgewordenen Köpfe wieder ein wenig aufzuklären und die längst zum Rosenkranz gewordene Begeisterung wieder ein wenig aufzuwärmen, wurde den bedauernswerten Opfern ihres „Führers“ auf Grund eines Gutscheins ein Eintopfgericht verabfolgt. Dieser Gutschein sah folgendermaßen aus:

SAAR-TREUEKUNDGEBUNG
Koblenz-Ehrenbreitstein am 26. 8. 1934

92756

Gutschein

1

EINTOPFGERICHT

Saar. Arbeitsausschuß

92756

Das Eintopfgericht hat den meisten nicht gut geschmeckt. Viele haben sich hinterher bitter beklagt — und wir wissen jetzt endlich, warum: Die gesamten Gutscheine für die Saartreuekundgebung waren — in Strahburg in einer französischen Druckerei hergestellt worden! Wirklich und wahrhaftig: 150.000 Gutscheine, wie sie oben angegeben sind, wurden von einer französischen Druckerei in Strahburg für die Saartreuekundgebung Hittlers geliefert! Instinktiv haben das wahrheitslieblich die Treuekundgebenden gemerkt, daß ihnen hier Gutscheine vom „Erbfeind“ seitens des Saararbeitsausschusses in nicht wieder auszumachender Gelonie und schändlichsten Vaterlandsverrats in die ahnungslosen Hände gedrückt worden waren. Aber ihr echt teutisches Empfinden hat das gleich gespürt und darum schmeckte ihnen das Hittlerische Eintopfgericht nicht. Was ein echt teutischer Mann ist, der läßt sich leicht nicht betrügen. Erst recht nicht mit hiltlerdeutschen Gutscheinen, die in Frankreich gedruckt worden sind!

Ja, ja, wenn Väterlichkeit töten könnte, wäre der Nationalsozialismus mit samt seinem Hakenkreuz schon tausendmal gestorben...

Friedhofsschänder an der Saar

Genau so begann es im Reiche

Der nationalsozialistische Terror nimmt im Saargebiet immer mehr die gleichen Formen an, wie er seit dem Wüten der Hiltlerhorden im Reiche an der Tagesordnung ist. In den offenen und verdeckten Konfrontationen gegen die jüdischen Einwohner kommt jetzt der kulturelle Terror.

Ein unerhörtes Verbrechen nationalsozialistischer Mobschänder wird jetzt aus Diefflen bei Dillingen bekannt. In

Diefflen liegt ein alter jüdischer Friedhof, auf dem seit über 200 Jahren die verstorbenen Angehörigen der in Dillingen und Umgebung ansässigen israelitischen Familien beerdigt werden. Alte Denkmäler sind dort vorhanden, die zum Teil noch aus den napoleonischen Zeiten stammen. Gerade der Dieffler jüdische Friedhof zeugt von alter Familiendevotion, nach der die Ruhestätten verstorbener Angehöriger noch nach Jahrhunderten durch die Nachkommen in Ordnung gehalten und gepflegt werden. Die dort liegenden alten Grabsteine werden jetzt fast allnächtlich durch nationalsozialistische Judenhaser über die Friedhofsmauern hinweg mit Steinen bombardiert. Auf diese Weise sind namentlich auf den in der Nähe der Durchgangsstraße liegenden Grabstätten in den letzten Nächten etwa 30 bis 40 Denkmäler und Grabsteintafeln durch Steinwürfe zerschmettert bzw. schwer beschädigt worden.

Diese pietätlose Rohheit nationalsozialistischer Terrorbanden hat nicht nur unter den nichtgleichgeschalteten Einwohnern, sondern bis weit in Deutschfrontierkreise hinein allgemeine Empörung ausgelöst. Unbedingte Pflicht der Behörden ist es, hier mit allem Nachdruck und allen Mitteln zu verfahren, schließlich die Täter ausfindig zu machen. Durch rücksichtslose und exemplarische Bestrafung muß dann diesen Missethungen und allen Gleichgeitungen ein für allemal klar gemacht werden, daß das Saargebiet noch lange kein Hiltlerdeutschland ist und daher von derartigen Totenschändern reiflos gefäubert werden muß.

Röhrline japanischer Kriegsleiter

Saarbrücken, 20. Sept. (Zpreu): In den Röhrling-Werken wird seit kurzem eine neue Stahlsorte hergestellt, die die Bezeichnung „R. Z. K. 20“ trägt und der Herstellung von Granaten mit besonderer Durchschlagwirkung dienen soll. Außerdem wird ein besonderes Geschützmaterial, das die Bezeichnung „R. A. R.“ trägt und der Herstellung von 15-cm-Geschützen dient, hergestellt. „R. Z. K. 20“ und „R. A. R.“ werden nach Deutschland geliefert. Dagegen ging vor wenigen Tagen ein Transport von 3000 Minenwerfern auf dem Wege über Spanien nach Japan. Die saarländischen Betriebe von Röhrling arbeiten mit der Röhrling-Fabrik in Wehlar zusammen.

Saarfrage erst im November

Eine außerordentliche Ratsfrage soll entscheiden

Genf, den 20. September 1934. (Eig. Bericht.)

Wie wir schon aus Genf erfahren, scheint es nunmehr wahrscheinlich zu sein, daß, abgesehen von der Regelung der Polizeifrage im Sinne einer internationalen Polizeitruppe und von einigen technischen Fragen der Abstimmungsvorbereitung, die gesamten übrigen Saarfragen auf eine außerordentliche Ratstagung, die ausdrücklich für Saarfragen im November d. J. einberufen werden soll, vertagt werden. Angeblich ist im Laufe des Tages mit einer offiziellen Erklärung des Rates in dieser Frage zu rechnen. Der neuen außerordentlichen Ratstagung würden die Denkschrift Barthous zur Saarfrage und die Denkschrift der Regierungskommission als Grundlage ihrer Beratung dienen.

wiesenen Aufgaben in diejenigen der Reichsparteileitung einzubeziehen.

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher stellt daher im Reichsgebiet mit dem heutigen Tage ihre Arbeit ein und löst sich auf. Sie hat im Laufe ihrer Tätigkeit in dem ihr zugewiesenen Bereich wirksam zu einer Versöhnung beigetragen.

Für diese Arbeit wird der Reichsleitung und allen Beteiligten hiermit der Dank der Partei ausgesprochen.

Die Vorgängerin der A.K.D., gleichfalls ohne Gründung des Herrn von Papen, nannte sich „Kreuz und Adler“. Jeder wurde das Kreuz abgehängt, noch starteten die Adler. Ueberall, wo Herr v. Papen hinkommt, geht etwas in die Brüche.

Die milden Worte in der Aufschließungserklärung wird niemand mißverstehen. Es gibt keine Verhängung, keine Veröhnung mit einem Reiche, in dem Alfred Rosenberg der erbitterte Papst- und Katholikenfeind, Kulturdiktator durch die Vollmacht des „Führers“ ist. Jeder Katholik, der sich nach allem immer noch Illusionen macht, bezeugt damit, daß er nichts anderes mehr hat, als den Willen zu feiger Kuppelung.

den Klägern noch weiter zu arbeiten, denn sie hätten sich durch ihren Eintritt in den damaligen „Stahlhelm“ als Gegner des Nationalsozialismus erwiesen.

Die Entscheidung des Arbeitsgerichts lautete, die Kläger seien wieder einzustellen oder es sei ihnen eine Entschädigung zu zahlen. Die Kündigung sei unbillig hart. Die Beweisaufnahme habe keinerlei Anhaltspunkte ergeben, daß die Kläger nicht auf dem Boden des heutigen Staates stünden. Trotz mehrfacher Aufforderung sei der Beweis nicht erbracht worden, daß die Kläger „links“ eingeschult seien. Der Eintritt in den „Stahlhelm“ könne nicht ohne nähere Begründung als staatsfeindliche Gesinnung bewertet werden. Außerdem gehörten die Kläger seit September 1933 auch der S.A. an, seien also vollwertig in die Reihen der

nationalsozialistischen Kämpfer aufgenommen worden. Den anderen Angeklagten könne wohl zugemutet werden, mit ihnen zu arbeiten.

Da das Arbeitsamt gegen dieses Urteils Beratung einlegte, hatte sich das Landesarbeitsgericht Hannover über den Fall zu entscheiden. Das Arbeitsamt brachte dabei vor, wie der Kläger hätte sich in bestimmter Form über die R. Z. K. 20 geäußert. Einer der Kläger tritt aber unter Eid ab, die Äußerungen, die man ihm zur Last lege, getan zu haben. Das Landesarbeitsgericht wies die Berufung daraufhin zurück. Es führte aus, in keinem Falle sei bewiesen, daß die Kläger politisch unzuverlässig seien. Die Kündigung sei unbillig. Wenn die Beamten und Angestellten mit den Klägern nicht arbeiten wollten, so sei das disziplinarwidrig.

„Berechtigte Zweifel“

Berlin, 20. Sept. Der preussische Innenminister stellt in einem Erlaß an alle nachgeordneten Behörden einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände und der sonstigen der Staatsaufsicht unterliegenden Körperschaften fest, daß auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die politische Zuverlässigkeit der Schutzpolizeibeamten besonders überprüft werden sei. Es erübrige sich daher, im Dienst befindliche Schutzpolizeibeamte, die sich um eine Uebernahme in Beamtenstellen anderer Behörden bewerben, einer erneuten Prüfung in politischer Hinsicht zu unterziehen. Sofern trotzdem berechtigte Zweifel an der politischen Einstellung eines Bewerbers beständen, sollten diese durch Rückfrage bei seiner Dienststelle geklärt werden.

Die aufgelösten Logen

Warum nur die kleineren?

Berlin, 20. Sept. Auf Grund des Erlasses des preussischen Ministers des Innern vom 8. Januar dieses Jahres ist die Auflösung folgender Freimaurerloge erfolgt: „Zum preussischen Adler“ in Birkelburg, Hermann zur Brudertreue“ in Soldin, „Zum Leoparden“ in Sudau, „Wilhelm zur Weisheit und Brudertreue“ in Lübben, „Karl zu den drei Greifen“ in Greifswald, „Kron zum treuen Herzen“ in Greifshagen, „Julius zu den drei Herzen“ in Anklam, „Zur Eintracht“ in Treprow, „Zu den drei Tegen“ in Halle an der Saale, „Friedrich zur Unsterblichkeit“ in Stade, „Georg zur wahren Brudertreue“ in Lehr (Regierungsbezirk Aurich) und „Aurora“ in Minden.

Es fällt bei dieser Zusammenstellung auf, daß Göring nur Logen in kleineren Orten auflösen ließ. Wie sieht es mit den großen Logen, die im Zeichen der Freimaurerei Sammelpunkte der konservativen Bourgeois waren und vielfach monarchistischer Sammlung Raum gewährten. Sie scheinen im stillen weiter zu bestehen. Vielleicht wagt sich Göring an die hier dominierenden Werte mit altpreussischer Logentradition nicht gern heran.

Zuchthaus und Sicherungsverwahrung

Für illegale Kommunisten

Berlin, 20. Sept. Im Hochverrats- und Giftprozess gegen die 17 vor dem zweiten Senat des Volksgerichts unter Anklage stehenden Kommunisten aus Töbelen (Sachsen) und Umgebung wurde das Urteil verkündet. Der 44-jährige Hauptangeklagte, Robert Bössel, erhielt unter Einbeziehung der gegen ihn vom Landgericht Freiberg (Sachsen) verhängten Strafe insgesamt 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Schwere. Außerdem wurde die Sicherungsverwahrung gegen ihn angeordnet. Zehn weitere Angeklagte erhielten wegen Beteiligung an der Raubtötung und Waffenschatzung sowie an der Vorbereitung der Sprengstoffschändele Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren neben entsprechenden Ehrenstrafen. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen, während die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von 1 bis 1 1/2 Jahren erhielten.

Des „Führers“ Freund freut sich

Frankfurter Schlachthof judenrein

Die Kreisbauernschaft Ansbach gibt bekannt: Wie aus Frankfurt am Main hierher gemeldet wurde, war der letzte große Schlachthofmarkt dort vollständig frei von jüdischen Händlern. Dies ist umso beachtenswert, als Frankfurt einen der größten und besten Schlachthofmärkte hat. Aus diesem Anlaß waren die Hallen des Marktes mit den Fahnen des neuen Deutschland geziert, und sowohl bei den Käufern wie auch Verkäufern konnte man die Freude über den judenfreien und judenreinen Markt von den Gesichtern ablesen.

„Wir in Franken“, so schreibt die „Frankfurter Tageszeitung“ Streichers dazu, „freuen uns um so mehr, daß die Zerküpfung der Juden von den Viehmärkten nun auch auf den großen Schlachthofmärkten Platz gegriffen hat. Und noch einmal, deutscher Bauer: Schalte den Juden vom Viehhandel aus, damit du nicht mehr um den Lohn deiner Arbeit betrogen wirst.“

„Es lebe der Duce“

Der „Popolo d'Italia“ berichtet, daß Lantini in der Korrespondenz der faschistischen Partei nur noch der Gruß: „Es lebe der Duce!“ Verwendung finden soll. Er knüpft die Hoffnung daran, daß sich diesem Beispiel alle Italiener anschließen werden.

Das ist also „Heil Hitler!“ auf muffolitisch. Endlich ein außenpolitischer Erfolg des „Führers“.

Altöl — eine Kostbarkeit

Das bayerische Staatsministerium hat angeordnet, daß künftig das bei sämtlichen Staatsbehörden und staatlichen Betrieben anfallende Altöl gesammelt und aufbewahrt wird, um einer späteren Regeneration zugeführt zu werden. Die Gemeinden, Bezirke und Kreise, die Privatwirtschaft und die gesamte Bevölkerung werden dringend aufgefordert, zur Vermeidung von Materialverschwendung das Altöl gleichfalls zu sammeln.

Mißtrauen gegen „Stahlhelm“ und Schupo

Ein Prozeß — Eine Ministerialverfügung

Hannover, 19. Sept. Drei dem „Stahlhelm“ angehörige Angestellte waren vom Arbeitsamt Dillingen auf Grund des § 4 des Berufsbeamtengesetzes, der die Entlassung wegen politischer Unzuverlässigkeit vorsieht, zum 31. Mai 1933 irrtümlich entlassen worden. Ihren Einspruch lehnte der Präsident des Landesarbeitsamts in Hannover ab. Auf eine Beschwerde beim Reichsarbeitsminister hin wurde die Entlassung in eine Kündigung zum 30. September umgewandelt. Als ein Einspruch hierauf keinen Erfolg hatte, riefen die drei Angestellten das Arbeitsgericht Göttingen an. In der Verhandlung hob der Vertreter des Arbeitsamts hervor, die Kündigung sei durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt, alle anderen Angestellten des Arbeitsamtes gehörten der S.Z.N.F. an. Es könne ihnen nicht zugemutet werden, mit

Die deutsch-englische Wirtschaftsspannung

Der Zahlungsverkehr im Stocken — Die Warengläubiger verlangen ihr Recht — Die englische Delegation in Berlin

Seit einigen Tagen befindet sich in Berlin unter Führung von Sir Frederic Leith-Ross eine englische Delegation, die mit der Reichsregierung neue Verhandlungen über die künftigen deutsch-englischen Handelsbeziehungen aufgenommen hat.

Die Entsendung der englischen Delegation ist zunächst einmal auf den sogenannten „Neuen Plan“ Schachts zurückzuführen, der sich in mancher Beziehung im Gegensatz zu den bisherigen Abmachungen zwischen England und Deutschland befindet. Die Engländer befürchten, daß die generelle Drosselung der deutschen Einfuhr die deutsch-englischen Handelsbeziehungen sehr ungünstig beeinflussen werde. Sir Frederic Leith-Ross wird voraussichtlich Zusicherungen zu erlangen versuchen, wonach England weiterhin nach dem Grundsatze der Meistbegünstigung behandelt und der prozentuale Anteil Englands an der gesamten Einfuhr nicht verringert werde.

Es ist sehr zweifelhaft, daß die Hitlerregierung auf diese englischen Forderungen eingehen wird, denn das würde praktisch die Durchlöcherung des neuen Plans und damit der ganzen Devisenpolitik Schachts bedeuten. Das „dritte Reich“ ist zur Vermeidung einer Inflation unter allen Umständen gezwungen, eine Drosselung, und zwar eine wesentliche Drosselung der Einfuhr herbeizuführen. Es kann höchstens nur einige Ausnahmen insofern machen, als sich die Engländer bereit erklären, in ihrerseits gewisse Zusicherungen für die deutsche Ausfuhr nach England zu machen. Aber auch diese Ausnahmen England gegenüber können nur beschränkter Natur sein.

In enger Verbindung mit dieser generellen Frage der deutsch-englischen Handelsbeziehungen wird die englische Delegation auch eine Klärung darüber herbeiführen müssen, inwieweit das englische Zahlungsabkommen vom 20. August aufrechterhalten werden kann. Dieses Abkommen sieht unter anderem vor, daß die deutschen Importeure britischer Waren ihre Fakturen bei der Reichsbank auf das Sondermark-Konto der Bank von England in Mark begleichen können. Die Markbestände wurden auf ein Sonderkonto bei der Bank von England transferiert, und die gegen Sterling an britische Importeure deutscher Ware verkaufte Sondermark wurde dazu verwandt, um die Forderungen der britischen Exportfirmen auszugleichen.

Schacht hat bereits kürzlich erklärt, daß das Anschwellen der Sondermarkkonten der ausländischen Notenbanken bei der Reichsbank für ihn eine große Sorge bedeute. Diese Sonderkonten belasten für die Zukunft die ohnehin hoffnungslose deutsche Devisenbilanz. Die Reichsbank hat deshalb in dem Abkommen vom 20. August durchgesetzt, daß sie die Zahlungen auf das Sonderkonto sperren könne, wenn der Betrag des englischen Kontos 5 Millionen Reichsmark überschreitet. Von diesem Recht hat die Reichsbank in diesen Tagen Gebrauch gemacht. Die Aufgabe der britischen Delegation wird es also sein, eine Lösung zu finden, um das

gegenwärtig ins Stocken geratene deutsch-englische Zahlungsabkommen wieder in Gang zu bringen.

Auch die Frage des Transfers der rückständigen Warenschulden wird zur Debatte gestellt werden. Diese Warenschulden stellen ein trauriges Kapitel aus der neudeutschen Wirtschaftspolitik dar. Wie oft hat Hitler vor der Machtgreifung erklärt, daß seine Regierung die Privatschulden voll und ganz bezahlen werde! Aber auch dieses Versprechen hat Hitler, wie so manches Versprechen, das er gegenüber dem deutschen Volke gegeben hat, nicht gehalten. Das „dritte Reich“ hat nicht nur die Rückzahlung der Privatschulden, sondern es hat darüber hinaus praktisch auch die Zahlung für Warenschulden eingestellt. Die Engländer lieferten in den letzten Monaten ziemlich große Mengen von Kohle und Feingarnen. Die aus diesen Lieferungen schulden den Beträge sind von deutscher Seite nicht beglichen worden. Die Engländer, insbesondere die Garnlieferanten haben erklärt, daß sie ihre Lieferungen einstellen werden.

Obwohl von hitlerdeutscher Seite wiederholt erklärt wurde, daß die Einstellung der englischen Feingarnlieferungen keinen Schlag für die deutsche Industrie, sondern vielmehr für die englischen Lieferanten selbst bedeute, stimmt diese Feststellung nicht.

Denn eine ganze Reihe von weiterverarbeitenden Textilindustrien, insbesondere die Chemnitzer Handschuh- und Strumpfindustrie, ist aus technischen Gründen auf den Bezug der englischen Feingarne angewiesen. Außerdem sind die englischen Feingarne bis zu 50 Prozent billiger als die entsprechenden Feingarne deutscher Herkunft.

Die Einstellung der englischen Garnlieferanten würde deshalb im Endergebnis die Produktion des Chemnitzer Industriebezirkes gefährden, die Herstellung selbst verteuern und damit die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten in Frage stellen. Um diesen Zustand zu verhindern, wurde auf Betreiben der Chemnitzer Handelskammer den englischen Baumwollgarnexporteuren ein Angebot bezüglich der Liquidierung der rückständigen Warenschulden gemacht. Dieses Angebot ist abgelehnt worden. Von deutscher Seite ist nämlich vorgeschlagen worden, die Verteilung der Rückzahlung auf 12 Monate bei 4prozentiger Verzinsung auszudehnen. Die größten Bedenken erweckte jedoch der Vorschlag einer sechsmonatigen Zahlungsfrist für neue Lieferungen, statt der gewohnten Periode von 30 Tagen. Das würde praktisch eine Erhöhung der deutschen Warenschulden um den sechsfachen Betrag bedeuten.

Die Verhandlungen in Berlin werden nun zeigen, inwieweit es gelingen wird, unter den gegebenen Verhältnissen eine Verständigung zwischen England und dem „dritten Reich“ herbeizuführen. Eins steht jedoch fest: das bisherige Gebahren von deutscher Seite hat das Mißtrauen des englischen Kaufmanns gegenüber seinem hitlerdeutschen Partner verstärkt — ein Umstand, der nicht dazu geeignet ist, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu fördern.

Ganz besonders schlimm steht es aber mit Hafer. Das Statistische Reichsamt schätzt die diesjährige Haferernte auf 5,3 Millionen Tonnen gegen 6,9 im vergangenen Jahr.

Sie steht sogar um 1 Million Tonnen oder 16,4 Prozent hinter dem zehnjährigen Erntedurchschnitt zurück. Damit erklärt sich auch die große Futtermittelknappheit, die sich augenblicklich im „dritten Reich“ bemerkbar macht, und die bereits zu Massenschlachtungen von Vieh geführt hat.

Auch die Gemüseernte zeigt einen erheblichen Rückgang. Für Pflückerbren sind bereits die Angaben bekanntgegeben. Aus diesen geht hervor, daß die Ernte an Pflückerbren (Schoten) in den hauptsächlichsten Anbaugebieten infolge der ungewöhnlichen Trockenheit und dem stärkeren Auftreten tierischer Schädlinge nur 34,6 Dz. pro Hektar gegen 77,3 Dz. im Vorjahre betrug. Dementsprechend ist auch der Gesamtertrag, obwohl die Anbaufläche um 1000 Hektar auf 5613 Hektar gestiegen ist, wesentlich zurückgegangen, und zwar von rund 360 000 Dz. auf nur 194 000 Dz.

diese Regelung nicht für diejenigen Kakaoartikel erfolgt, die für den Export bestimmt sind, da sonst Deutschland am Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig wäre.

Interessant ist es auch, daß in den nächsten zwei Monaten, im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft, ein erhöhter Bedarf an Rohkakao erwartet wird. An Stelle der Verwendung von reinem Kakaopulver wird deshalb eine vorzugsweise Verwendung von Haferkakao, Malzkakao, Hafermalzkakao, Eichelkakao und Schokoladenpulver vorgesehen. Ferner sind verschiedene Bestimmungen über den Höchstgehalt an Kakaomasse bei den verschiedenen Schokoladensorten erlassen worden. Bezeichnend für die neue Zwangswirtschaft in Kakao ist, daß der Treuhänder für die Rohkakao verarbeitenden Betriebe ein generelles Verbot der Verwendung von Kakaomasse als Ueberzeug erlassen hat.

„Deutsches Papier“

Sehr bedenkliche Folgen werden die Pläne über die Ersatzstoffwirtschaft in der Holzindustrie haben. In Bonn hat soeben die diesjährige Tagung des deutschen Forstvereins begonnen. Dort werden die Pläne über die neue Verwendungsmöglichkeiten für inländisches Holz beraten. Die

Preissteigerung und Wirrwarr

Die deutschen Preise steigen heftig. Seit im Mai die Verwendung ausländischer Rohstoffe eingeschränkt wurde, sind praktisch nur die Waren mit amtlichen Höchstpreisen stabil geblieben. Fast alle anderen sind im Preise gestiegen — teilweise um 25 Prozent und mehr.

Um wie wichtige Waren es sich dabei zum Teil handelt, zeigt unsere Tabelle, die auf amtlichen Zahlen beruht, nämlich auf den laufenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts:

		Alles in Mark je 100 kg			
		29. 8.	25. 7.	20. 6.	30. 5.
Kartoffeln	1934:	7,—	8,88	7,10	4,20
gelbe Berlin	1933:	2,36	3,20	3,20	2,50
Erbsen	1934:	60,—	55,—	—	42,—
Viktoria	1933:	30,50	26,75	26,75	25,—
Speck	1934:	190,—	175,—	175,—	175,—
Inländischer	1933:	144,—	146,—	130,—	138,—
Schrott	1934:	3,90	3,80	3,80	3,85
Stahl Ia	1933:	3,20	3,15	3,20	3,20
Maschinenguß-	1934:	4,—	4,—	4,10	4,10
bruch Ia	1933:	3,40	3,30	3,40	3,40
Wolle	1934:	—	600,—	520,—	490,—
Austr. A.	1933:	—	395,—	360,—	345,—

(Neues Tagebuch.)

„Der Segen der Not“

Unter dieser stimmungsvollen Ueberschrift veröffentlicht das Mannheimer „Hakenkreuzbanner“ einen großen Artikel über die Wirtschaftslage, dem wir die folgenden Zitate entnehmen: „... Und wenn wir uns von der Einfuhr von Baumwolle frei machen können, dann mögen die Baumwollpreise so billig werden wie noch nie: das deutsche Volk zahlt dann höhere Preise für die Stoffe, aber es ist wirtschaftlich frei geworden. Ob das deutsche Erzeugnis sich teurer stellt als die auf dem Weltmarkt angebotene Ware, das ist für die nationalwirtschaftliche Betrachtung und Wertung nicht von Belang...“ (Inpreß.)

Neue Sewässerungspläne in Mittelasien

Das Volkskommissariat Kasakstans bestätigte den Plan zur Rekonstruktion und Erweiterung des Bewässerungssystems der sogenannten „Hungersteppe“, wo die besten Baumwollfelder Kasakstans und Usbekistans liegen. Die bewässerte Fläche wird in nächster Zeit auf 171 000 Hektar gesteigert werden, während sie augenblicklich nur 73 000 Hektar beträgt. Dann soll sie allmählich auf 350 000 Hektar erweitert werden.

Der Verkehr in den palästinischen Häfen steigt

(ITF.) Der Schiffsverkehr in den palästinischen Häfen steigt sprunghaft. Im Jahre 1932 waren 974 Schiffe mit etwa 2 Millionen Tonnen eingelaufen; im Jahre 1933 waren es schon 1312 Schiffe mit etwa 3,3 Millionen Tonnen. Besonders der Verkehr in dem kürzlich ausgebauten Hafen von Haifa entwickelt sich sehr stark. Die Zahl dort eingelaufener Schiffe ist von 787 mit 1,7 Millionen Tonnen im Jahre 1932 auf 1062 mit 2,6 Millionen Tonnen im Jahre 1933 gestiegen.

„Luftschutzblockwarte“ als Lumpensammler

Der Reichswirtschaftsminister und der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit haben, wie das NDZ meldet, in einem Schreiben an den Reichsluftschutzbund die Anregung gegeben, angesichts der Rohstofflage mit allem Nachdruck darauf zu halten, daß die in den Haushalten vorhandenen wollenen und baumwollenen Lumpen nicht etwa verbrannt oder als Müll beseitigt, sondern gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt werden, da sie den Rohstoff für die Herstellung von Kunstwolle und Baumwolle bilden. Die Luftschutzblockwarte sollen angewiesen werden, die Bevölkerung bei der Entrümpelung der Hausböden auf diese Notwendigkeit aufmerksam zu machen und die Ablieferung aller Lumpen an die Händler anzuregen.

Die Krise in der Wollindustrie

In einem Geschäftsbericht über die Lage der Leipziger Wollkammerei wird auf die drohende Verknappung der Rohstoffe durch die neue Devisenverordnung hingewiesen und gefordert, durch Kompensationsgeschäfte mit anderen Staaten die Rohwollzufuhr wieder in Gang zu bringen, „damit wenigstens der gegenwärtige Beschäftigungsgrad aufrecht erhalten werden kann“. Die Rentabilität der Wollindustrie hätte sich, so führt der Bericht aus, infolge der Arbeitszeitbeschränkung und infolge der Unmöglichkeit, die Unkosten herabzusetzen, empfindlich verringert. (Inpreß.)

Holzinteressenten wollen insbesondere die bedeutende deutsche Papierfabrikation vergewaltigen. Bekanntlich stellt sich der jährliche Bedarf der deutschen Papierfabriken auf zirka 9 Millionen Festmeter Fichtenholz. Aus technischen und qualitativen Gründen werden von dieser Menge nicht weniger als 4 Millionen Festmeter eingeführt. Nun wollen die Hintermänner des deutschen Fortstvereins den Gedanken lancieren, daß diese vier Millionen Festmeter ausländischen Fichtenholzes durch deutsches Kiefernholz ersetzt wird.

Aus technischen Gründen können die Papierfabriken, die auf Fichtenholz eingerichtet sind, kein Kiefernholz verwenden. Unter diesen Umständen würde die Verwendung von Kiefernholz die Errichtung neuer Fabriken bedeuten. Tatsächlich ist auch in Norddeutschland der Bau einiger Papierfabriken auf der Grundlage des Kiefernholzes geplant. Eine solche Entwicklung würde nicht nur einen schweren Schlag gegen die bereits bestehenden Papierfabriken, sondern auch enorme Fehlinvestitionen bedeuten, deren katastrophale Folgen wir bereits alle aus den Inflationszeiten kennen.

Alle diese Vorgänge zeigen, in was für eine Zwickmühle die Wirtschaft unter dem Hakenkreuz geraten ist, und wir werden demnächst noch „weitere Wunder“ erleben, die, über kurz oder lang, den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft bringen werden.

Verminderter Erntetag

Neue amtliche Angaben

Nach der Mitteilung des Statistischen Reichsamts wird die diesjährige Getreideernte (Brotgetreide sowie Gerste und Hafer) für Anfang September 1934 auf 20,5 Millionen Tonnen geschätzt. Diese Schätzung ist unseres Erachtens auffallend optimistisch, denn sie übersteigt die Juli-Schätzung um nicht weniger als 1,3 Millionen Tonnen. Man kann sich natürlich bei der Schätzung gelegentlich irren. Aber daß der Irrtum ein solch großer ist, ist wenig wahrscheinlich. Vielmehr ist anzunehmen, daß aus politischen Gründen, zur Hebung der Stimmung, das Statistische Reichsamt eine kleine Korrektur nach oben vorgenommen hat.

Aber auch diese mit Absicht optimistisch gehaltenen Zahlen können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der diesjährige Ernteertrag hinter dem vorjährigen weit zurücksteht. Nach der Septembervorschätzung soll die diesjährige Brotgetreideernte 12,07 Millionen Tonnen betragen gegen 14,5 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr. Auch die Gersternte ist geringer als im vorigen Jahre (rund 3 Millionen Tonnen gegen 3,5 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr).

Ersatz! Ueberall Ersatz!

Schlechtere Schokolade

Die Ersatzstoff- und Zwangswirtschaft schreitet im Hitlerparadies mit Riesenschritten vorwärts. Wir haben kürzlich berichtet, daß für goldene Trauringe bereits ein „hundertprozentiger“ Ersatzstoff geschaffen worden ist und daß der Verkauf von Winterobst verboten ist, weil dieses Obst zur Herstellung der „Heldenbutter“, der Kriegsmarmelade, verwandt werden soll.

Nunmehr werden neue Bestimmungen über die Herstellung von Schokolade bekannt. Vor einigen Wochen ist auch ein Kommissar für die Kakaowirtschaft eingesetzt worden, der, wie es amtlich immer so schön heißt, die Kakaowirtschaft „regeln“ sollte. Die Regelung besteht darin, daß nunmehr der Kakaogehalt bei der Schokoladenherstellung wesentlich herabgesetzt wird. Durch die Herabsetzung der Kakaobestandteile wird eine wesentliche Ersparung von Rohkakao erzielt, dessen Vorräte nicht groß sind, und der jetzt im Zusammenhang mit dem „Neuen Plan“ nur in kleineren Mengen eingeführt wird. An Stelle der fehlenden Kakaobestände soll künftighin ein Mehrverbrauch von 10—15 Prozent Milchpulver und Zucker erfolgen. Praktisch bedeutet das eine Verschlechterung der Schokoladenqualität. Nicht umsonst wird ausdrücklich in der neuen Verordnung erklärt, daß

Abgeblafte Bräune Die kleine deutsche Universitätsstadt

Die Studenten waren einst Hitlers feurigste und zuverlässigste Wegbereiter. Ihr Ungestüm und ihre Meisterlosigkeit versetzte die deutsche Hochschule eine Zeitlang in Anarchie. Der Zustand ist heute, so lautet ein Bericht der Basler „National-Zeitung“, ein anderer. Die von oben geforderte unwürdige Verleugnung und Ausstoßung aller nicht volljährig Alten Herren und die vom Staate gedeckten Anrempfungen durch die Hitlerjugend haben die Korporationsstudenten dem Regime entfremdet, so sehr, daß der Staat selbst den Korporationen entgegenkommen mußte, indem er den Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft, den radikalen Parteimatador Stachel, durch einen Mann der mildern Tonart ersetzte.

Aber das Einlenken hat nicht genügt. Die farbentragenden Studenten lehnen das „dritte Reich“, wie es sich seit dem 30. Januar 1933 entwickelte, immer mehr als ein ihnen wesensfremdes, ja feindliches Element ab. Immer mehr Widerstände machen sich auch in der zwar stets noch stark nationalsozialistisch gesinnten ehemals freien Studentenschaft breit. Hier sind die jungen Leute in keinem Traditionsgefühl getroffen und verletzt, sondern sehen sich bedroht in ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Zukunft überhaupt. Der streng militaristische, alles nivellierende, geistfremde, geistfeindliche Staat mit seinen kommandierten Arbeits- und Schulungslagern und den Dutzenden anderer Obligatorien verhindert die Studenten einfach an der Arbeit und am anständigen Studium.

Alles in allem gerednet, betrug die durchschnittliche Kollegienzeit an den deutschen Universitäten letztes Semester knappe zwei Monate! Enttäuschung herrscht überall, und heimliche Auflehnung macht sich in den preußischen Universitäten gleichermaßen breit wie in den süddeutschen. Der Rektor der Freiburger Universität, der Philosophieprofessor Heidegger, ein bekannter Nationalsozialist, hat vor dieser latenten Unzufriedenheit vor einiger Zeit die Segel streichen und abdanken müssen. Und im berühmigten „Stürmer“ des Nürnberger Stadtgewaltigen Streicher stand neulich ein Bericht aus München, der mit geradezu entsetzlichen Worten die offene feindselige Haltung eines großen Teils der Münchener Studenten gegen das Regime schildert. Die Symptome seien jedoch nicht überschätzt, Tausende von Studenten sind vom äußeren Glanz des „dritten Reiches“ immer noch begeistert, und die Gegengewalt, die gesammelte, organisierte, ziel-sichere, die sich dem Hitlerschen Staate mit Erfolg in den Weg stellen könnte, ist auch mit dem kräftigsten Vergrößerungsglas noch nirgends zu entdecken.

Die deutsche Universitätsstadt, an die der Schreiber denkt, ist klein und von alter und ruhmreicher Tradition. Ihr Zustand mag als typisch gelten. Ihr Name sei aus den bekanntesten Gründen natürlich verschwiegen. Schon das Verhältnis zwischen Studenten und Bürgerschaft ist charakteristisch. Die alten guten Beziehungen wurden planmäßig zerstört. Da

das deutsche Volk bald vom ersten Kinderschrei an bis zum Todesseufzer reglementiert und kommandiert wird, so muß der Staat durch seine Beauftragten auch bestimmen, bei wem die Studenten wohnen dürfen und bei wem nicht. Ohne Rücksicht auf Lage und Güte der Zimmer befiehlt der nationalsozialistische Ortsführer der Studentenschaft, daß zunächst alle verfügbaren Zimmer bei Arbeiter- und Kleinbeamtenfamilien besetzt werden, erst dann kommen die seit Generationen als ruhig bekannten und vermieteten Studentenbuden in den Bürgerhäusern an die Reihe, sie bleiben aber meistens leer, weil dann der Wohnbedarf schon gedeckt ist. Privatdozenten und Professoren, die keine eigene Wohnung haben, müssen sich den Befehlen des allmächtigen Ortsführers, eines Jünglings noch zarten Alters, genau so widerspruchslos fügen wie die Studenten. Wie oft kommt es vor, daß Dozenten ihre Kollegien und Studenten ihre Examen zwangsweise vom Lärm kinderreicher Familien umbrandet vorbereiten müssen; unterdessen stehen die ruhigen Studierstuben leer und wenn deren Besitzer dennoch kühn genug sind und vermieten, so werden ihre Namen, falls man sie er- tappt, schandenhalber als Feinde des Staates veröffentlicht. Die Parteizugehörigkeit und politische Zuverlässigkeit gibt selbstverständlich auch hier den Ausschlag. Als unzuverlässig gilt schon ein Abonnement auf die „Frankfurter Zeitung“.

Am Tag meines Besuches befand sich die Professorenschaft in beträchtlicher Aufregung; jener Befehl wurde bekanntgegeben, wonach die deutschen Dozenten, wie alle anderen Staatsbeamten auch (die Rektoren werden, wie bekannt, nicht mehr von der Dozentenschaft gewählt, sondern vom Ministerium bestimmt und der Universität gegebenenfalls aufoktroiert), einen Treueid auf Adolf Hitler persönlich ablegen müssen. Ein Dozent meinte, die Erregung sei so groß, daß mindestens die Hälfte des Lehrkörpers sich entschlossen zeigte, den Eid zu verweigern, fügte dann aber skeptisch lächelnd hinzu, „entschlossen sicherlich heute, morgen jedoch oder gar übermorgen wahrscheinlich nicht mehr. Was wollen Sie! Wir sind keine Helden. Der Verdienst, die Familie! Der Druck von oben und die Furcht sind zu groß.“ ... „Universitätsprofessor sein, Geistesarbeit verpflichtet vielleicht doch etwas. Wenn auch die deutschen Geistesarbeiter sich wie Krämer betragen, dann wird das „dritte Reich“ allerdings tausend Jahre dauern.“ ... „Sie mögen recht haben. Diese furchtbare deutsche Krisis ist vor allem eine Krisis der geistigen Feigheit.“

Ein anderer Dozent sieht den baldigen Zusammenbruch der deutschen Universitäten als Stätte der höheren Bildung und der Wissenschaft in der Tatsache der „hanebüchene Inkompetenz“ der Leitung der in Frage stehenden Ministerien beschlossen. Zwar sei, genau wie im Kirchenkonflikt, die Hoffnung berechtigt, daß der allgroße Druck einen reinigenden Gegendruck erzeugen werde. „Das „dritte Reich“ ist

vielleicht nur die unvermeidliche große deutsche Reinigungskur, der Tunnel, durch den wir erst hindurch müssen ... Ein Tunnel — wie oft wird dieses Gleichnis jetzt genannt.

Tags darauf wurde ein Zwischenfall bekannt, der sich am Abend zuvor während der in Masse besuchten Vorlesung eines Gelehrten von europäischem Ruf ereignet hatte. Der Dozent hatte geglaubt, zu Beginn des Kollegs die Konzession eines zwar nur angedeuteten Hitlergrußes machen zu müssen. Darauf allgemeines Gelächter der Studenten. Der Professor lächelte verständnisvoll mit. Jetzt aber wissen sich die Studenten vor lauter ehrlicher Freude kaum zu fassen und scharen ihrem Lehrer sekundenslang Zustimmung und Applaus ...

„Habe ich mich“ Philosophie der Knechtschaft

In den naturwissenschaftlichen Märchen von Kurd Laßwitz — sie erschienen vor einem Menschenalter — gibt es eine Episode mit einer philosophischen Spinne, die ein Zoologe zu Beobachtungszwecken in ein Reagenzglas eingesperrt hat. Irgendwer bemitleidet sie, aber die Spinne begreift nicht: „Der Mensch hat mich nicht in seinem Glase, sondern in dem Glase des Menschen habe ich mich!“

Warum uns das just in Erinnerung kommt? — Aus geringfügigem Anlaß. Bei Gelegenheit des Nürnberger Parteltages hat der Reichspresschef Dietrich geäußert:

„In Deutschland jedenfalls war die Reform der Presse unerläßlich, nicht um die Freiheit der Presse zu vernichten, sondern um die Unfreiheit aus ihr zu entfernen und um die Basis wieder herzustellen, auf der allein eine in u e r l i c h freie Presse gedeihen kann.“

Innerlich freie Presse ... „Hitler hat mich nicht im Käfig, in Hitlers Käfig habe ich mich!“ — Es ist doch etwas Schönes um ein philosophisch veranlagtes Volk.

Max Hansen, Otto Wallburg Judenboykott am Theater

In der bevorstehenden Berliner Theatersaison sollten auch diesmal wieder zwei jüdische Schauspieler auftreten, die bereits im vergangenen Winter in Berlin Hauptrollen inne hatten: nämlich Max Hansen und Otto Wallburg. Die Proben für die Stücke hatten bereits begonnen, als vom Propagandaministerium die Nachricht eintraf, daß beide Schauspieler nicht auftreten dürfen. Begründet wird dieses Verbot mit dem Beschluß des jüdischen Weltkongresses in Genf, der bekanntlich einen neuerlichen verschärften Boykott des Weltjudentums gegen Deutschland angekündigt hatte. Angesichts dieses Boykottbeschlusses bestände, so heißt es in einer Erklärung des Propagandaministeriums, die Gefahr, daß bei Aufführungen, in denen jüdische Schauspieler auftreten würden, die öffentliche Ruhe gestört würde ...

Die Zuckertüte

Von Manfred

Es ist nach Mitternacht. In der Straßenbahn sitzt ein Arbeiter. Seine Kleider riechen nach Oel und Eisen. Sein Gesicht ist geschwärt. In den Falten am Hals hat sich Kohlenstaub zu schwarzen Striemen zusammengeschoben. Auf der glatteren Haut hinterm Ohr ist jede Pore ein Kohlepunkt. Man sieht das alles sehr genau, haarscharf wie gestochen; jeden Faden der geflickten Jacke könnte man zählen, denn der Mann sitzt müde, mit gekrümmtem Rücken vornübergebeugt, die Ellenbogen auf die Oberschenkel gestützt, die Hände zwischen den Knien schlaff ineinandergelegt. Auch die Hände sind schwarz. Nur die ringum schwarz geränderten Fingernägel schimmern ganz hell; es erinnert an das Weiße im Auge eines Negers. In der linken Jackentasche steckt ein flacher Kaffeebecher; dieser sichtbare Streifen hellblau emailierten Blechs ist das einzig Farbig im Bilde des Mannes.

Bei den Bremsstößen des Wagens schwankt der gebeugte Oberkörper widerstandslos hin und her. Alle Kraft hat der Mann dort gelassen, wo er bis Mitternacht gearbeitet hat. Der Rest „Mensch“ fährt nach Hause. Nein, es läßt sich nur passiv ausdrücken: er wird gefahren. „Von der Arbeit ausgerichtet“, denkt man, und „die Arbeit“ erscheint als etwas Böses, ein Untier, das allmächtig die Kraft dieses Mannes frisst wie der Adler des Zeus die Leber des angeschmiedeten Prometheus; es läßt ihm Zeit, sich auszuruhen und mit frischen Kräften wiederzukommen, die es wieder frisst — und so ein Leben lang.

Die Fahrt geht weit in die Vorstadt hinaus. Nach geraumer Zeit richtet sich der schlafende Arbeiter aufgeschreckt auf, blickt verstört um sich und starrt sekundenlang durch die Scheiben, um zu ergründen, an welcher Stelle seiner Heimfahrt er augenscheinlich ist. Dann lehnt er sich zurück. Jetzt kann man sehen, daß der Mann noch gar nicht alt ist. Mitte der Dreißig etwa; gute, junge Kraft, bekommt „die Arbeit“ täglich zu fressen.

Der Mann denkt vor sich hin. Er denkt mit der Beharrlichkeit einfacher Leute, die lange an einem Punkt verweilen und den gleichen Gedanken durch Wiederholung eindringlicher machen, so wie ein Ornament durch Aneinanderreihung der gleichen Figur entsteht. Solches Denken spiegelt sich nicht in den Mienen, starr und unbeweglich bleiben die Augen auf einen irgendwo erfallenen Punkt gerichtet. Die nächste Umwelt bemerken sie nicht, sie schauen hindurch gleich der fotografischen Linse, die, auf weite Entfernung eingestellt, die Nähe nur unscharf abbildet. Es kommt uns nur nicht zum Bewußtsein, daß wir mit unseren Augen fortwährend die gleich wechselnde Scharfeinstellung vornehmen wie der Fotograf an seiner Kamera. Wenn wir die Bilder unserer Wahrnehmung auf der Netzhaut fixieren könnten, würden wir erstauet sein über die vielen unscharfen Bilder, die wir aufnehmen ...

Während meine Gedanken abschweifen, hat der Mann eine Bewegung gemacht, die mich ihm wieder zuwendet. Er hat aus seinem Denken heraus in die rechte Rocktasche gegriffen und eine Tüte hervorgebracht. Eine kleine, spige, weiße Tüte. Er macht sie auf und schaut lange hinein. Es sind rote und grüne Bonbons in der Tüte, die er seinem

Kinde mitbringt. Er schaut noch immer hinein. Dann faltet er die Tüte wieder zu, schiebt sie langsam in die Tasche und sieht wieder vornübergebeugt in der Haltung müder, plagerender Erwartung auf das Ende dieser Fahrt.

Nun kann man den Weg nachgehen, den seine Gedanken gegangen sind: Müdigkeit, das Bett daheim, die endliche Ruhe. Alles ist genau vorstellbar: die enge Wohnung über drei, vier dunklen Stiegen; vor den Türen schimmern die herausgestellten leeren Milchflaschen. Die Wohnung von der Sommerhitze bedrückt, tagsüber vom Straßenlärm durchdrungen, von den Gerüchen der Vorstadt geschwängert. Alles steht eng aufeinander. Zwischen Schrank und Betten bleibt nur ein schmaler Gang. Gelebt wird in der Küche. Man wäscht sich an der Wasserleitung. Ein kleiner, gesprungener Spiegel hängt über dem Ausguß. Ein bunter Abreißkalender mit der Reklame einer Firma ist angeheftet. Der billige, viel zu laut eingestellte Radioapparat schreit Konzertmusik gegen die Wände, und wie auf dem Lande ein krähernder Hahn dem andern antwortet aus der heißen Straße andere Lautsprecher, alle mit der gleichen lauten Musik.

Die Frau — wie wird sie sein. Vielleicht ruhig und gutmütig, und nach dem ersten Kinde schon zu formloser Fülle neigend? Oder mager, schrill und griesgrümic, unlustig gemacht durch das ewige Nachrechnen der paar Mark, die der Mann heimbringt? Ein guter, gescheiter Kamerad oder eine zinkische Elster, die dem Mann mit dem Hausklatsch von gestern in den Ohren liegt? Oder eine gedankenlose Putzhenne, die mit leichter Hand fortträgt, was der Mann schwer verdient? Es gibt verschiedene Frauen. Es fahren Mädchen mit ihren Liebhabern hier im Wagen mit, Mädchen aus der Vorstadt, durch deren Jugenderscheinung hindurch sich schon ahnen läßt, wie sie einmal sein werden, jede ein Männer-schicksal, im Guten oder im Schlimmen. Und auf sie selber wartet das Los; Glückstreffer gibt es nicht viele im Leben. Und so geht es dann weiter, Tag für Tag — wofür lebt der Mensch?

Aber der Mann hat daheim noch ein Kind. Zwei- oder dreier- oder vierjährig; in diesem Alter sind sich Jungen und Mädchen noch ganz gleich, nur einfach: Kind. Vielleicht ist es noch das erste und einzige in junger Ehe. Jetzt schläft es mit heißen Backen, das zierliche Spielwerk der Finger zu kleinen, späßigen Fäustchen geballt. Die Wimpern säumen wie zarte Federchen die geschlossenen Lieder. Die schwarze weiße Micky Maus aus Stoff, ohne die das Kind nicht schlafen geht, ist an den Bettrand gerollt; da liegt sie wie eine pudige Traumledermaus mit ihren großen, schwarzen Ohren.

An das Kind hat der Mann gedacht, als er mit seinen schwarzen Händen für einen Groschen die roten und grünen Bonbons in der weißen Tüte kaufte. Sein Schweiß und die Schwielen seiner Hände haben sich in die blanke Münze verwandelt, die er hingab für das Kind. Und als er vorhin die Tüte aufmachte und so lange hineinschaute in das Grün und Rot des Zuckerwerks, hat er auch an das Kind gedacht. Morgen früh, wenn er ausgeschlafen haben wird, werden die Hände nicht mehr ganz so schwarz sein, nur die Nagelfalze bleiben schwarz für immer; und wenn er in die Tasche der geflickten Jacke am Türhaken greifen wird, wird das Kind jauchzend in die kleinen Hände klatschen; der Vater hat ihm etwas mitgebracht! An diesen Augenblick hat der Mann vorhin gedacht, für diese kleine Freude lebt er, für

weiter nichts. Und nun versinkt er wieder im Halbschlaf vornübergebeugt, müde und wie zerschlagen.

Dem Arbeiter gegenüber sitzt ein gutangesehener Bürger. Seinen Mantel hat er neben sich gelegt; er ist auf Kunstseide gearbeitet. Und so sieht auch der Mann aus: auf Kunstseide gearbeitet. Glänzend, aber nicht echt. Sicher braucht er den Groschen nicht umdrehen, bevor er ihn ausgibt. Auch er ist müde. Allem Anschein nach kommt er aus einem Nachtkloak. Er hat Geld ausgegeben und dämmert nun schlaf und leer vor sich hin. Man möchte nicht „er“ sein, so zwecklos scheint es zu sein, wie er zwischen Verdienen und Geldausgeben sein Leben verbringt. Wahrscheinlich hat auch er seine Plage mit Kursen und Krise und Spekulationen; vorhin hat er versucht, in der schon erschienenen Morgenzeitung den Wirtschaftsbericht zu lesen. Aber auch wenn immer alles gut abläuft; wofür plagt er sich eigentlich? Wofür plagen sie sich alle: die Mädchen, die morgen wieder an der Schreibmaschine, am laufenden Band, zwischen den Paketstapeln der Versandabteilung oder an den Nähmaschinen einer Wäsche-fabrik sitzen werden, der Schaffner, der sechs- oder acht- oder zehnmal die gleiche Strecke hin und her fährt, Fahrscheine locht, an jeder Haltestelle die Glocke zieht und froh ist, wenn er nach Hause gehen darf? Für das Leben, das immer und ewig den gleichen Rundlauf macht vom Arbeitstag zu Arbeitstag. Und für ein bißchen Freude, zu armselig, um schon Glück zu sein. Glück — sind nicht alle diese Menschen überhaupt für immer ausgestoßen aus dem Glückslande? Und wo liegt es?

Alles erscheint fragwürdig, freudlos und traurig in dieser Nachtstunde, in der der Wagen in den Schienen kreischt.

Glück — Arbeit, Tätigkeit kann Glück sein. Aber für wie wenige ist sie es. Diesem Arbeiter seinen Lohn erhöhen, seine Arbeitszeit zu verkürzen, ihm menschliche und soziale Freiheit zu sichern, sein Leben zu erleichtern, es hell, sauber und froh zu machen, dafür lohnt es einzutreten mit aller Kraft des Willens und der Ueberzeugung. Das ist alles, was wir tun können; einander helfen. Aber verloren bleibt das Paradies, das die Menschen nur in ihren Träumen erschaut haben.

Nur Kinder leben einige Jahre im Paradies. In ihren klaren, gläubigen Augen spiegelt sich sein Glanz. Und wenn sie es erkennen, ist es schon verloren; das ist der Sinn der uralten Legende. Wir können nur aus dem vertraulichen Drucke einer kleinen warmen Kinderhand Trost und Glauben empfangen. Für ihre Kinder lebt die Menschheit. In ihren Augen sieht sie das verlorene Paradies noch einmal wieder. Als der müde Arbeiter vorhin die weiße Tüte öffnete und lange hineinsah in das Grün und Rot des billigen Zuckerwerks, da leuchteten in seine Gedanken hinein die glücklichen Augen seines Kindes, an das er dachte. Aus diesen kleinen Spiegeln schimmerte beglückend und ungreifbar, nur für die flüchtige Sekunde einer Gefühlsregung auftauchend, das entschwindene Traumland der eigenen Kindheit. Und wenn das Kind einmal erwachsen und selber schon alt geworden sein wird, wird das die Erinnerung unverlöschbar bewahren; das Bild des Vaters, der die kleine, weiße Tüte aus der Tasche zieht.

Diese kleine, billige Zuckertüte, für einen Groschen aus müden, arbeitsschwarzen Händen entstanden, umschloß in diesem Augenblick die Liebe. Sie ist das Glück. Und dafür lebt der Mensch.

Meine Gefangenschaft Von Joseph Caillaux

Joseph Caillaux gab in dem vorangegangenen Kapitel ein lebendiges Bild der politischen Situation Frankreichs vor dem Kriege. Seine Darstellung war zugleich seine Verteidigung gegen die schwere Anklage, sein Land an den Feinden verraten zu haben. Er fragt zum Schluß: „Die Freiheit des Denkens und Schreibens ist, denkbar, in diesem Lande zu Hause.“

Mein „Staatsreich“

Selbst wenn ich in der Stille meines Arbeitszimmers bis ins kleinste hinein einen Staatsstreich vorgesehen hätte — ich habe es niemals getan — selbst wenn ich die lächerliche, tolle These niedergeschrieben und entwickelt hätte, daß die Zentralmächte nicht die geringste Schuld an der Entfesselung des Weltkonfliktes hätten — wieso konnte ich Vorwürfen ausgesetzt sein, solange ich von diesen unwahrscheinlichen Projekten, von diesen ausschweifenden Denkgelüben niemandem etwas mitgeteilt hätte? Nun hat man aber suchen, anfragen, umherstören mögen soviel man wollte; man hat anerkennen müssen, daß niemand von meinen Papieren Kenntnis gehabt hatte, und daß die Ideen, wie ich es verschiedentlich ausgedrückt, meinem Hirn nur entstiegen sind, um in meinen Geldschrank zu steigen.

Herr Pérès hat sich gezwungen gesehen zu dem Zugeständnis, daß für eine Anklage kein Material vorlag, und hat nun behauptet, man finde in diesen Schriften die geistige Vorbereitung für ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates nach außen hin, und aus der geistigen Veranlagung, die er mir damit zuschrieb, seien die hypothetischen Intrigen entsprungen, die mir zur Last gelegt werden. Wie bequem ist solches Vernünfteln!

Wie bequem ist es, zu schreiben, wie es der Präsident der Untersuchungskommission getan hat, daß die Studie, betitelt: „Die Verantwortlichen“, eine für die Verbreitung fertige Broschüre darstelle, und daß ich die Absicht gehabt habe, sie an die Öffentlichkeit zu bringen am Tage eines Mißerfolges unserer Waffen, um die Volkswut zu hegen gegen die Leute, die im August 1914 am Steuer gesessen und die Kriegserklärung hatten unterzeichnen müssen! Wo ist der Beweis, auf den diese Annahme sich stützt? Es ist keiner da. Wie bequem ist es, zu behaupten, daß unter den zerstreuten, hingekrigelten, auf Teufel-komm-heraus geschriebenen Notizen, die man in hantem Gemisch mit anderen Papierfetzen gefunden hat, ein Abschnitt, „Rubikon“ betitelt, die Staatsstreichidee zum Ausdruck bringe — während diese Zeilen von meiner Hand ganz einfach vorsehen, daß die Regierung, zu deren Konstituierung ich etwa berufen würde, bei den Kammern die Abstimmung über ein Gesetz zu beantragen und im Notfall durchzudrücken haben könnte, das in einem einzigen Artikel unter der Marke „Rubikon“ der vollziehenden Gewalt das Recht zuspräche, einige Monate lang vermittels dekretierter Gesetze die Legislative auszuüben! Wozu kann man sich nicht versteigen, wenn man die ganze Tonleiter der Hypothesen durchläuft? Und ich wiederhole: Auf welches Recht stützt man sich, wenn man diese Hypothesen aufstellt?

Die Verantwortlichen

Stellen wir die Dinge richtig. Fern von den öffentlichen Geschäften, fern von der Regierung, habe ich während des Krieges gearbeitet; ich denke, das war mein gutes Recht. 1915 schrieb ich mein Buch „Agadir. Meine äußere Politik“, das 1919 erschienen ist, und zu gleicher Zeit warf ich im Zeitraum von einigen Wochen hastig eine Studie über die Schuld am Kriege aufs Papier. Ich dachte so wenig daran, sie ungekürzt zu veröffentlichen, daß ich alsbald ganze Seiten herauschnitt, um sie nach einigen Änderungen lediglich formaler Natur in mein Werk über die Ereignisse von 1911 zu überarbeiten. Und das ist ja schon eine ausreichende Widerlegung der Behauptung von den Projekten, auf die des Herrn Pérès' Einbildungskraft verfallen ist. Doch ich gehe weiter. Die Studie „Die Verantwortlichen“ zerfällt in zwei Teile.

Im ersten Teil werden die weit zurückliegenden Ursprünge des Weltbrandes abgehandelt. Ich stelle die Politik des Maßhaltens und der Vorsicht, wie Cambetta, Jules Ferry, Waldeck-Rousseau sie verfolgten, in Parallele zur nationalistischen Politik. Ich zeige, wie von 1912 an die traditionelle Politik der republikanischen Partei Schritt für Schritt aufgegeben wurde, wie Herr Poincaré, der zuerst Ministerpräsident war und alsdann dank der Unterstützung der Rechten zum Amt eines Präsidenten der Republik aufstieg, sich der Mithilfe entsann, welche die Etappen seines Aufstiegs bestimmt hatte, sowie der Umstände, denen sie entsprungen war, wie unter den Ministern, die unter seiner Ägide aufeinander folgten, einige die proklamerische und frivole Politik trieben, die den Nationalisten am Herzen lag und zu deren Entfaltung das Staatsoberhaupt ermutigte, wenn es sie nicht gar einleitete. Reifliche Erwägung konnte mir nicht den Gedanken nahebringen, daß die wesentlichen Ideen aus dem ersten Teil der „Verantwortlichen“ irgendwelcher Einschränkung bedürften. Einzig gewisse Porträts von Persönlichkeiten des höchsten Staatsdienstes sind übertrieben herausgemeißelt, mit zuviel Bitterkeit in der Feder. Man hat, denke ich, das Recht auf Revision seiner Korrekturen....

Welchen Fehler hat die französische Politik gemacht?

Im zweiten Teil der Arbeit fasse ich die unmittelbaren Ursprünge des Konfliktes ins Auge, und die Art der Ausführung läßt auf geringere Selbstgewißheit des Gedankens schließen. Wenn ich schreibe, daß der Kriegswille Wilhelms II. zugleich voller Schwanken und Leidenschaft war und sich gebeugt hätte, wenn er auf eine stolze und würdevolle Entschlossenheit zum Frieden gestoßen wäre, dann bringe ich ohne Frage damit eine Ansicht zum Ausdruck,

die ich zur Stunde noch hege. Ebenfalls habe ich das Gefühl, daß es in Frankreichs Interesse lag, Zeit zu gewinnen, weil die Zeit für uns gegen die Deutschen arbeitete und weil man es hätte erreichen können, wenn man Klugheit und Ruhe an den Tag gelegt hätte, wie sie bei uns gefehlt haben. Ich bin immer noch überzeugt davon, daß es ein Fehler von seiten der französischen Regierung war, wenn sie der russischen Mobilmachung, die Deutschland den gesuchten Vorwand für Aufrollung des Dramas lieferte, nicht im Einvernehmen mit England vorbeugte oder sie wenigstens hinausschob. Gewiß, ich halte mir vor Augen daß einige von meinen Freunden, und zwar von den besten, solche, mit denen ich gewöhnlich in voller Gedankengemeinschaft lebe, der Meinung sind, ich sei zu tief von den Erinnerungen vom Jahre 1911 her durchdrungen gewesen, ich habe mir, weil es mir zur Zeit von Agadir gelungen war, den Krieg zu verhindern, nun eingebildet, das gleiche Ergebnis hätte 1914 erzielt werden können, ich habe nicht an das Abtreten des Herrn von Kiderlen gedacht und daran, daß er im Sekretariat für Auswärtige Angelegenheiten des Kaiserreichs eingesetzt worden war durch einen gelehrigen Schüler der Alldeutschen. Ich weiß den Einwurf zu würdigen. Ich halte ihn nicht für entscheidend. Aber ich würde mich hüten, mich endgültig zu äußern, ohne vorher mit peinlichster Aufmerksamkeit alle die Dokumente über die Ursprünge des Konfliktes geprüft zu haben, die schon erschienen sind oder die in den nächsten Jahren herauskommen werden. Werden sie die Ideen bestätigen, die ich mir bewahre? Ich bin davon überzeugt. Werden sie meine Ideen abschwächen? Möglich. Was ich weiß, ist dieses: über die unmittelbaren Ursachen des großen Krieges werde ich nichts erscheinen lassen, bevor die Archive der meisten Regierungen den Kern ihrer Geheimnisse ausgeliefert haben. Was ich weiß, ist dieses: immer war es so meine Absicht, niemals habe ich daran gedacht, die Studie zu veröffentlichen, die ich für mich allein geschrieben hatte, um Ideen festzuhalten und Tatsachen zu notieren, die sich vor meinem Blick enthüllt hatten. Ich hatte sie nach Italien mitgenommen, nur um sie bei Gelegenheit zu überarbeiten, um nach Bedürfnis daraus zu schöpfen, wie mir das schon vorgekommen war, während der Mußstunden, die ich in einem Erholungsurlaub zu finden gedachte, von dem ich mir vorstellte, er würde friedlich verlaufen.

„Ich wollte eine Umgestaltung der parlamentarischen Regierungsform“

Mit welchem Recht schreibt man mir andere Absichten zu? Nicht eine Zeile, nicht ein Wort von mir, nicht eine Zeugnisaussage — nichts, was die wildfantastischen Behauptungen stützen könnte, mit denen Herr Pérès um sich wirft! Kein Zweifel, er hätte Ähnliches behaupten können von den Schriftstellern, die seit Unterzeichnung des Friedensvertrages über die Ursachen oder über die Ereignisse des Krieges Bücher von weit giftigerer Wirkung hatten erscheinen lassen als die „Verantwortlichen“ es sind, und deren Manuskripte höchstwahrscheinlich entdeckt worden wären, wenn man 1917 oder 1918 ihre Schubläden geleert, ihre Geldschränke durchstöbert hätte.

Der gleiche Gedankenprozeß mit Umschweifen, kühner noch, anfänglich der Notizen mit dem Titel „Projekte“. Hier kann man nicht behaupten, daß man vor einer sorgfältig abgefaßten Studie steht wie bei den „Verantwortlichen“. Es handelt sich um bisweilen verworrene, oftmals widerspruchsvolle Aufzeichnungen, um Zustände der Gedankenflucht. Ich erhebe nachdrücklich zum Anspruch einige von den Ideen, die mir durch den Kopf gegangen sind. Sie sind mir im Geiste haften geblieben. Ich erhebe nachdrücklich zum Anspruch die Auffassung, die ich 1915 von der Kriegführung hatte: ich wollte sie intensiver gestalten durch Errichtung des einheitlichen Oberbefehls, durch Berufung des Generals Sarrail an die Spitze der Armeen, durch Uebertragung der Leitung aller militärischen Operationen an den Obersten Rat der Nationalverteidigung, durch Entsendung von Parlamentariern zu den Armeen. Ich erhebe nachdrücklich zum Anspruch, was ich schrieb über den Friedensvertrag, wie er hätte kommen sollen: ich wollte, daß seine Klauseln dem Lande zur Billigung unterbreitet würden durch das technische Mittel der Neuwahl, ich bestand darauf, daß er für alle Mächte Verfügungen umschließe, die zwischen ihnen eine Verbindung gegen erneute Kriege schaffen sollten. Ich erkenne an, daß ich andererseits eine Umgestaltung unserer parlamentarischen Regierungsform ins Auge gefaßt habe, die ich für unerlässlich halte. Zwei beherrschende Ideen: das Referendum ist einzuführen, mit anderen Worten, der direkten Gesetzgebung ist ihr Recht zu geben, und auf dem Wege über eine Erweiterung des Staatsrates, in dem die Vertreter des Handels, der Industrie, der Arbeitergruppen Play finden würden, ist der Wirtschaftsstaat oder vielmehr der technische Staat neben dem politischen Staate zu organisieren.

Die verhängnisvollen Zettel

Daß in all diesen aufs Geratewohl zusammengefaßten Ideen wenig Ordnung herrscht, versteht sich von selbst. Daß in die Ausführung zahlreiche wenig überlegte Dinge eingeschlichen haben — das wird niemanden überraschen von all denen, die gewohnt sind, niederzuschreiben, was ihnen durch den Kopf geht. Daß ich in gewissen Augenblicken, wenn ich meinem dem Autoritativen zugehörigen, von schnellen Lösungen eingenommenen Tempera-

ment nachgab, auf dem Papier Regierungshandlungen ins Auge gefaßt habe, an deren Umsetzung in die Tat ich an verantwortlicher Stelle niemals gedacht haben würde, das stelle ich nicht in Abrede. Wenn man sich darauf versteift, Zeile für Zeile, Wort für Wort die Notizen zu erörtern, die ein Politiker für sich allein aufgezeichnet hat, dann ist es nicht einmal der Prozeß gegen das Denken eines Menschen, was man unternimmt, sondern der Prozeß gegen die Blasen, die sein Gehirn wirft.

Zum Schluß ein bereits angedeuteter Vergleich: im Laufe der Durchsuchungen, die in den Büroräumen der „Action Française“ vorgenommen wurden, hat man eine Reihe von Zetteln gefunden, von denen ich einige zitiert habe und durch die der Plan erwiesen wird, nach dem vor dem Kriege die Regierungsform umgestürzt und 1917, angesichts des Feindes, die Operation wieder aufgenommen werden sollte. Man könnte nun zweideutig werden und Spitzfindigkeiten häufen. Die Leute, die 1917 eine Liste der Offiziere aufstellten, welche die Kavallerieregimenter in der Nähe von Paris kommandierten, die ihre Meinungen verzeichneten und niederschrieben, sie könnten auf den oder jenen General zählen, der ihnen gesagt hätte: „Ich werde mittun“ — diese Leute bereiteten einen Gewaltstreich vor und hatten sich Spießgesellen gesichert. Für sie — Einstellung des Verfahrens! Was sage ich? der Prokurator der Republik verleiht ihnen Diplome für Patriotismus in seinem Bericht, weil sie zwar anerkennen, daß sie vor dem Kriege den Umsturz der Republik geplant haben, dann aber auf Ehre und jeder Wahrscheinlichkeit entgegen versichern, sie hätten mit dem Tage, an dem der Konflikt ausgebrochen ist, Pläne zurückgestellt, deren Wiederaufnahme sie sich vorbehalten. Sie sagen das ausdrücklich. Unnützig einer Parallele zu folgen, deren Aufzeichnung genügt — und die dazutut, was dabei herauskommt, wenn die Waage der Gerechtigkeit belastet wird mit dem Gewicht der politischen Leidenschaften — jener Leidenschaften, deren Ausbrechen im Lauf meiner italienischen Reise vom Dezember 1916 bis Januar 1917 wir jetzt in Art und Wirkung beobachten wollen.

Die italienische Reise

Ich habe diese Reise geschildert, die ich mir nur als Erholungsreise gedacht habe. Ich nahm an, ich würde während dieser kurzen Ausspannung um so ungeschorener bleiben, als ich bereits zweimal, im Jahre 1916, in Italien gewesen war und das erstmal im Monat April nur einen leichten Aerger gehabt hatte (einige Artikel über meine Anwesenheit in einer Florentiner Zeitung), während ich das zeitenmal, als ich im Oktober meine Frau wiedertreffen wollte — sie beendigte gerade ihren Aufenthalt in Montecatini, wo sie die Quellen gebraucht hatte —, allen Schwierigkeiten irgendwelcher Art aus dem Wege gegangen war, indem ich mit Zustimmung des Ministeriums des Auswärtigen unter dem Mädchennamen der Frau Caillaux reiste. Ich dachte mir, ich würde vor jeglicher Neugierde geschützt sein, wenn ich mich noch einmal wieder verkappte. Ich ahnte nicht, daß gerade die Vorsichtsmaßregeln, die ich ergriff, um mir die Ruhe zu sichern, sich gegen mich wenden würden: ich ahnte ebensowenig, auf welche feindselige Haltung von seiten des Palais Farnèse ich stoßen würde.

Herr Kahn, der im Namen der Liga für Menschenrechte eine bemerkenswerte Studie über die italienischen Affären veröffentlicht hat, schreibt: „Herr Caillaux hatte in Italien unerkannt passieren wollen. Er übersah, daß er, noch bevor er hinreiste, sich dort bekannt gemacht hatte und verkannt worden war.“ Nichts ist so wahr wie dieses. Ich war keineswegs auf dem laufenden über den Pressefeldzug, der jenseits der Alpen gediehen war; ich wollte nicht, daß der Eintritt Italiens in den Krieg die deutsche Propaganda, verschweift mit dem französischen Nationalismus, die italienischen Zeitungen mit Artikeln überschwemmt hatte, in denen ich als Drahtzieher mannigfaltiger Intrigen dargestellt wurde — mit jenen Artikeln, von denen ich einige wiedergegeben habe. Sie wären in solchem Maße in die Kreise der Presse eingedrungen, daß der Direktor des „Secolo“, der großen frankophilen Zeitung von Mailand, folgendes erklären kann: „Ich habe Herrn Caillaux niemals kennen gelernt. Ich habe niemals auch nur indirekte Beziehungen zu ihm gehabt. Erst als ich erfuhr, daß er sich in Italien befand, habe ich ihn anzugreifen gesucht, besorgt wie ich war wegen seiner notorischen Zuneigung zu einer Verständigung mit Deutschland... und seiner ausgesprochenen gefühlsmäßigen Gegnerschaft zu England.“ Und Herr Verelli, Redakteur am „Popolo d'Italia“, schreibt: „Ich habe Herrn Caillaux in meiner Zeitung angegriffen, weil er nach Italien kam, im voraus behaftet mit dem Rufe der Deutschfreundlichkeit.“ Was diesen Ruf betrifft, so lege ich Wert darauf, noch einmal zu betonen, wer ihn mir angehängt hatte: die französische Nationalistenpresse, deren Quertreibereien die deutschen und die italienischen Zeitungen einfach wiedergegeben haben.

Große Aufregung

Aber diese Quertreibereien waren, wie man sieht, in Italien in eine gewisse Sphäre der öffentlichen Meinung eingedrungen. Das Zusammenfallen meiner Ankunft in Rom am 11. Dezember 1916 mit dem Erscheinen einer Friedensnote des Herrn von Bethmann-Hollweg, die ich doch nicht voraussehen konnte, und die am 12. ausgegeben wurde, insbesondere aber die Tatsache, daß ich unter einem Namen reiste, der mir nicht zugehörte: dies alles brachte eine Anzahl jener neugierigen Zaungäste der Politik, von denen es in Rom wimmelt, zu der Ueberzeugung, daß ich nach Italien komme, um hier im Einvernehmen mit der französischen Regierung oder auch außer Zusammenhang mit ihr eine politische Operation durchzuführen.

(Fortsetzung folgt.)

Hitlers Verrat an der Jugend

Das System fürchtet den Winter

Vorbereitung statistischer Lügen gegen Arbeiterelend

Die fortschreitende Entrechtung der deutschen Arbeiter hat eine neue Etappe erreicht. Der erste und entscheidende Schlag war der Raub des Koalitionsrechts, die völlige Lähmung der Gewerkschaften in einem Ausmaß, das sogar das italienische Vorbild hinter sich ließ, die Beseitigung des kollektiven Arbeitsvertrages, die Unterstellung der „Gesellschaft“ unter die Willkür der „Führer des Betriebes“. Die Vernichtung der Organisationen nahm der Arbeiter die Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, löste ihren wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalt auf und verwandelte sie wieder in die amorphe, zu jeder gemeinsamen Aktion unfähige Masse der Zeit des Frühkapitalismus. Zugleich wurde ein Teil der von der Diktatur entrechteten Masse zu Zwangsarbeitern gemacht, die in die Arbeitslager geschickt, als Koalitionsarbeiter zu schwersten und oft vollkommen unproduktiven Arbeiten verwandt oder als Landhelfer den großen und kleinen Agrariern zur Ausbeutung überliefert wurden.

Die Versklavung der Landarbeiter

Man hätte glauben können, daß eine weitere Verschlechterung eines solchen Zustandes kaum mehr möglich sei. Aber das hieß, die Arbeiterfeindschaft der Hitlerdiktatur doch noch zu unterschätzen. Manche werden sich vielleicht erinnern, daß im Kaiserreich von Zeit zu Zeit sich im Reichstag ein Abgeordneter auf der äußersten Rechten erhob und zur Bekämpfung des Landarbeitermangels eine Einschränkung der Freizügigkeit, ein Verbot der Abwanderung von Landarbeitern in die Städte forderte. So reaktionär das Parlament des Kaiserreiches auch war, diese Forderung stieß auf taube Ohren. Was aber die Junker weder im preußischen Dreiklassenparlament noch im Reichstag je durchsetzen konnten, Hitler hat es verwirklicht. Am 15. Mai verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz zur „Regelung des Arbeitslosenin-sa-ges“. Es sollte, wie es damals in dem offiziellen Kommentar hieß, „den Bedarf der Landwirtschaft an den notwendigen Arbeitskräften sicherstellen“ und — das war zugleich die nationalsozialistische Ausrede — die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Großstädten wirksamer gestalten“. Das Gesetz gibt dem Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Befugnis, für Bezirke mit höherer Arbeitslosigkeit anzuordnen, daß Personen, die in diesen Bezirken keinen Wohnort haben, dort als Arbeiter und Angestellte nur mit seiner vorherigen Zustimmung eingestellt werden dürfen. Das Gesetz ist ein reines Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter. Selbständige jeder Art, Unternehmer, Kaufleute, Handwerker, Angehörige freier Berufe sind natürlich von jeder Beschränkung ausgenommen. Das Gesetz unterbindet aber nicht nur den örtlichen Zuzug, der Präsident kann auch anordnen, daß Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, in anderen als landwirtschaftlichen Betrieben ohne seine vorherige Zustimmung nicht eingestellt werden dürfen. In der Tat ist in den Wirtschaftszweigen, in denen bisher vom Lande Abwandernde am ehesten Aufnahme gefunden haben, beim Bergbau, der Eisen- und Stahlgewinnung, beim Flugverkehr, bei den Unterhaltungsarbeiten der Bahnen und der Reichspost, ein Beschäftigungsvorbot erfolgt. Für die weiblichen Personen tritt noch die Beschäftigungssperre in der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie, sowie für die Berufe als Kellnerinnen, Köchinnen, Hotel- und Zimmermädchen, gelernte und ungelernete Arbeiterinnen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hinzu. Doch auch damit noch nicht genug! Der Präsident hat überdies das Recht, Unternehmer zur Entlassung von bereits vorher eingestellten landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu verpflichten.

In der letzten Zeit ist von der Einschränkung der Freizügigkeit in fortschreitendem Maße Gebrauch gemacht worden. Neben Berlin, Hamburg und Breslau ist auch für eine ganze Reihe anderer Städte, namentlich des rheinischen und mitteldeutschen Industriegebietes, der Zugang gesperrt. Neben dieser direkten Sperre funktioniert noch eine kaum minder wirksame indirekte. Eine sehr große Anzahl von Städten und Industriegemeinden sind ermächtigt worden, für „Personen, die in die Gemeinde neu zuziehen, die Unterstützung unter strengster Prüfung der Hilfsbedürftigkeit auf das zur Freitragung des Lebens unerlässliche Maß oder auf Anstaltspflege“ zu beschränken. Da die Hitlerdiktatur die Unterstützungssätze ohnedies an die Grenze des Existenzminimums hinuntergebracht hat, braucht nicht ausgemalt zu werden, da diese neuverordnete weitere Senkung eine Verurteilung zu langsamem Hungertod bedeutet.

Hörig wie im Mittelalter

Für die Landarbeiter bedeutet die Aufhebung der Freizügigkeit die Verwandlung in Hörige, die sich höchstens dadurch von den mittelalterlichen Hörigen unterscheiden, daß sie — mehr theoretisch als praktisch — vielleicht noch eine gewisse Auswahl unter ihren Ausbeutern haben. Nach dem Raub des Koalitionsrechts, nach Vernichtung ihrer Organisation sind sie umso mehr auf Gnade und Ungnade den Agrariern ausgeliefert, als ihnen ja durch die Zwangsarbeit der Landhelfer eine unerträgliche Schmutzh Konkurrenz erwachsen ist.

So entsetzlich ist die Wirkung dieser Bestimmung, daß sie selbst in nationalsozialistischen Reihen Protest ausgelöst hat. Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Landwirtschaft, Gutsmitteil, wies im „Informationsdienst“ der Deutschen Arbeitsfront auf die katastrophalen Lohn- und Wohnungsverhältnisse insbesondere der verheirateten Landarbeiter hin. Die Landflucht bewege sich noch immer in aufsteigender Richtung. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften werde zur Zeit auf 80 000 bis 70 000 oder noch höher geschätzt. Auf der anderen Seite habe sich die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter auf 53 650 gestellt,

von denen 85 Prozent verheiratet seien. Man werde nicht rücksichtslos an den Ursachen vorbeigehen und nicht ohne weiteres Maßnahmen gegen Landarbeiter zur Anwendung bringen können, die dem Kampf um ihre Existenz auf dem Lande unerschütterlich unterlägen. Der deutsche Landarbeiter sei der Ueberzeugung gewesen, daß er im nationalsozialistischen Staat als gelernter Beruf anerkannt werde. Das sei aber bis jetzt, infolge des Wirkens reaktionärer Kräfte, nicht erfolgt. Der Landarbeiter müsse im Gegenteil immer wieder feststellen, daß er als ungelerner Arbeiter angesehen werde, daß seine Arbeit in ihrer Bedeutung für das deutsche Volk nicht entsprechend gewürdigt werde. Vielfach, so erklärt Gutsmitteil, ist es so, daß der deutsche Landarbeiter als der wirtschaftlich Schwächste nicht nur für einen zum Leben tatsächlich nicht ausreichenden Lohn vom Morgen bis zum späten Abend arbeiten muß, sondern er muß darüber hinaus vielfach eine Behandlung erfahren, wie man sie nicht einmal dem Vieh zuteil werden läßt. Wenn sich der deutsche Landarbeiter aus all diesen Gründen hilfesuchend in den Verbänden und später in der Deutschen Arbeitsfront organisiert habe, so sei andererseits festzustellen, daß ihm heute selbst keine Organisation ersichtbar werde, daß vielfach Betriebsführer ihre Landarbeiter entließen, wenn sie Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront seien. Es werde die Aufgabe der Arbeitsfront und des Reichsnährstandes sein, dafür zu sorgen, daß dem Landarbeiter in Zukunft bessere Lebens- und Aufstiegs-möglichkeiten gegeben und in sozialer Hinsicht die gleichen Rechte wie den übrigen deutschen Arbeitern zugesprochen würden. Gutsmitteil empfiehlt daher, das „Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes“ vor-sichtig zu handhaben.

Der Protest ist natürlich wirkungslos verhallt; das Gesetz wird in immer größerem Umfang angewandt und der Beweis ist wieder einmal geliefert, wie völlig einfluss- und bedeutungslos die Arbeitsfront ist, wie ihre einzige wirkliche Funktion nur darin besteht, den riesigen Apparat zu mästen, den sich der Doktor Len aufgezogen hat.

Die Aufhebung der Freizügigkeit für die Landarbeiter erfolgt in der Zeit, in der durch das Erbhofgesetz die jüngeren Bauernsöhne erbarmungslos ins Proletariat geschleudert, die Masse des Landproletariats also ständig vermehrt wird. Zwangsproletarisierung, Lohnsenkung, Unfreiheit — das sind die Errungenschaften, die Hitler der Landarbeiterschaft gebracht hat.

Der Verrat an der Jugend

Bildete die Aufhebung der Freizügigkeit und die Verwandlung des Landarbeiters in einen mittelalterlichen Hörigen eine zweite Etappe auf dem Wege der Entrechtung der Arbeiter, so folgt jetzt als dritte ein Eingriff, der mit voller Wucht die jugendlichen Arbeiter trifft. Durch eine Verordnung vom 19. August hat Schacht in seiner Errungenschaft als Reichswirtschaftsminister verfügt, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung allein ermächtigt ist, die Verteilung von Arbeitskräften, insbesondere ihren Austausch zu regeln; jede Betätigung anderer Stellen auf diesem Gebiete ist verboten. Herr Schrup hat sich bereit, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen. Die Unternehmer sollen die

jugendlichen Arbeiter und Angestellten bis zu 25 Jahren entlassen und an ihre Stelle ältere, namentlich verheiratete, einstellen. In Zukunft dürfen Personen unter 25 Jahren nur noch mit Zustimmung der Arbeitsämter neu eingestellt werden. Ausgenommen hiervon sind Lehrlinge, mit denen ein Lehrvertrag über mindestens zwei Jahre abgeschlossen wird. Vom Austausch sind ausgeschlossen die Arbeiter der Land-, Forst- und Hauswirtschaft und der Schifffahrt, verheiratete Männer, Unterhaltspflichtige, Lehrlinge, ehemalige Wehrmachtangehörige und natürlich auch die „alten Kämpfer“ der NSDAP, sind ebenfalls vom Austausch auszunehmen.

Die Anordnung bedeutet, daß für einen großen Teil der jugendlichen Arbeiter die berufliche Ausbildung vernichtet, die Fortbildung bedroht ist. Was soll mit ihnen geschehen? Sie sollen in die Arbeitsdienstlager gebracht oder als Landhelfer verwandt werden. Als Landhelfer werden etwa 200 000 Jugendliche bereits jetzt mißbraucht und die Zahl ist nicht sehr steigerungsfähig. Im Arbeitsdienst werden 200 000 Leute beschäftigt. Aber auch der Arbeitsdienst ist nicht mehr erweiterungsfähig. Die Kosten betragen je Mann und Kalendertag 2,14 Reichsmark. Eine Verdoppelung des Arbeitsdienstes würde etwa 170 Millionen Reichsmark erfordern, wozu noch 50 Millionen als Kosten für die Errichtung der Lager hinzukämen. Trotzdem also nach der offiziellen Versicherung keine „unfreiwillige Arbeitslosigkeit“ für die Entlassenen eintreten soll, wird doch ein großer Teil der Beschäftigungslosigkeit anheimfallen. Für die Volkswirtschaft aber bedeutet dies Wohnraum auf alle Fälle eine Verschlechterung des Nach-wuchses und der Bedrohung der besten Qualitätsarbeit, auf der die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht. Jugendliche Arbeiter, die aus ihrem Beruf herausgerissen werden, um mit groben Erd- und Feldarbeiten beschäftigt zu werden, verlieren die Fähigkeit, seine Arbeiten zu verrichten. Die Zukunft der deutschen Industrie wird aufs Leichtfertigste gefährdet.

Für die Nationalsozialisten sind freilich andere Erwägungen maßgebend. Die Diktatur fürchtet den Winter und die steigende Arbeitslosigkeit. Da lohnt sich der Versuch, die jungen energischen Arbeiter aus den Betrieben und aus den Städten fortzubringen und sie durch gefügigere ältere Familienväter zu ersetzen, die noch dazu von der Furcht erfüllt sind, den neuen Arbeitsplatz wieder zu verlieren! Die Erziehung durch die älteren Familienväter bedeutet zugleich eine Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung, während die als Lohnhelfer oder in den Arbeitsdienst gescheiterten Jugendlichen nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen werden. Für die Unternehmer wird sich dabei, wenigstens was die Löhne betrifft, nicht viel ändern, denn auf keinen Fall werden sie den Familienvätern mehr zahlen, als die Jugendlichen erhalten haben. Und für die Angestellten über 40 Jahre (nicht für Arbeiter) können sie aus den Mitteln der Reichsanstalt Zuschüsse erhalten. Die jugendlichen Jahrgänge aber werden in den Arbeitslagern zwar nicht tüchtige Arbeiter, wohl aber gutgedrillte Soldaten werden.

Als Partei der Jugend haben die Nationalsozialisten den Kampf um die Macht geführt. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, haben sie unaufhörlich verkündet. Auf Befehl des Schacht stoßen sie jetzt einen großen Teil der arbeitenden Jugend ins Elend der Arbeitslosigkeit, schicken sie aus den Städten als Zwangsarbeiter aufs Land und rauben ihr die Zukunft. Viele Versprechungen hat der Hitler gebrochen, aber dieser Verrat an der Jugend ist von allen vielleicht doch der schmachlichste!

Dr. Richard Kern

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühren
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	5,30
(Eupen-Malmedy)			
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

Zum Abstimmungs-betrug

Man schreibt uns:

Wie das verhältnismäßig schlechte Abstimmungsergebnis in Niederbayern zustande kam, kann man sich vorstellen, wenn man erfährt, daß in Griesbach und Passau ohne Zelle abgestimmt wurde, also die Wahl öffentlich war. In anderen Orten dieser Provinz wird es nicht viel besser um das Wahlgeheimnis bestellt gewesen sein.

In Dillingen an der Donau wurden, wie zuverlässig mitgeteilt wird, die Namen der Rein-Stimmer nach Schluß der Abstimmung am Marktplatz öffentlich bekanntgegeben.

In Tübingen bei München gab der Wahlvorsteher nach Auszählung des Resultates seiner Betriedigung darüber Ausdruck, daß der Ort einhellig mit Ja gestimmt habe. Zehn von den Reinlagern mußten diese lächerliche Rede über sich ergehen lassen, ohne sofort Protest erheben zu können, denn Dachau liegt nicht weit davon.

Versammlungs-„Freiheit“

Man schreibt uns aus Berlin: Der Stellvertreter des „Führers“ Rudolf Doh hat einen Erlass herausgegeben, der bestimmt, ein Druck auf die Betriebsmitglieder zum Besuch von Versammlungen dürfe nicht ausgeübt werden. Wie es in Wirklichkeit aussieht, zeigt folgende Tabelle:

In der „Bewag“ Rencköln (Berliner Elektrizitäts-Werke AG.) sind ab 1. 8. 1934 innerhalb der Arbeitsfront besondere Bloks zu je 15 Mann gebildet worden, um eine bessere Kontrolle über die nationalsozialistische Gesinnung und die (freiwillige) Teilnahme an den offiziellen Veranstaltungen zu haben. Monatsbeitrag außer Arbeitsfrontgebühr 50 Pf. Durch besondere „Schulungsbriefe“ sollen diese Bloks „richtig erzogen werden“. Wer den Schwindel nicht mitmacht, verliert seinen Arbeitsplatz.

Höhere Löhne (und damit bessere Bezahlung) dürfen laut Anweisung der Bewagführung nur noch Parteigenossen mit niedriger Mitgliedsnummer erhalten. („Nieder mit dem Parteibuchstern!“)

Die Drohungen Neuraths

Erstaunen in London und Paris

Berlin, den 20. September 1934.
Der Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hielt anlässlich der Schlußsitzung des internationalen Strassenbaukongresses in der Krolloper eine große außenpolitische Rede. Er stellte zwei Hauptforderungen auf, mit denen Hitlerdeutschland an die anderen Regierungen herantreten und „auf deren Erfüllung das „dritte Reich“ bestehen müsse“:

„Die Gleichberechtigung in militärischen Rüstungen und die Forderung, die bevorstehende Regelung der Saarfrage so durchgeführt zu sehen, wie das dem Gebot politischer Vernunft und den geltenden Vertragsbestimmungen entspricht.“

Nachdem Herr von Neurath sich über die Vorgeschichte des Versailler Vertrags hinsichtlich der Bildung des Saargebietes ausgelassen hatte, formulierte er Deutschlands Anspruch wie folgt:

„Die Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem deutschen Mutterland ist die einzig mögliche Lösung. Alles andere ist nur eine Wiederholung und Verschlimmerung der verhängnisvollen Fehler von 1919.“

Herr von Neurath steht also nicht auf dem Standpunkte, daß Hitlerdeutschland vertragswidrig handeln wird, d. h. daß es jede Entscheidung respektieren wird, wie auch immer sie ausfallen möge. Ganz im Sinne Hitlers droht er unmissverständlich mit dem hitlerdeutschen Widerstande, falls eine andere Lösung als die Wiedervereinigung in Frage kommen sollte. Infolgedessen lautet seine Forderung bezüglich der Saarfrage nicht, daß eine verträglichere Lösung erstricht werde, sondern ausdrücklich so, daß die geltenden Vertragsbestimmungen gewahrt werden sollen, soweit sie „politischer Vernunft“ entsprechen.

Während Außenminister Barthou in der französischen Denkschrift sich peinlich an den Vertrag hält und jede seiner Forderungen nur aus dem Vertrage hergeleitet wird und kein Raum für sogenannte ins Unerlöste dehnbare „politische Vernunft“ bleibt, sagt Hitlerdeutschland durch den Mund seiner berufenen Vertreter immer wieder, daß es von den drei möglichen Lösungen nur eine einzige anerkennen wolle, nämlich die ihm günstige. Wir nehmen an, daß die nächste Völkerbundsversammlung Gelegenheit bieten wird, darüber mal ein deutliches Wort an die Berliner Adresse zu richten.

Uebrigens war die Rede von Neuraths mit verheerenden Drohungen gefüllt. Unter Anspielung auf die Barthouische Denkschrift und die Frage der Eigentumsrechte an den Saargruben — solange diese an Frankreich nicht in Gold zurückgezahlt sind —, erklärte er:

„Angesichts gewisser in letzter Zeit laut gewordenen Anregungen möchte ich nur auf einen Punkt mit allem Ernst und Nachdruck hinweisen: Man sollte sich nicht Reglungen dieser oder jener Art in die Gedanken kommen lassen, die auf eine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität in der Zukunft hinauslaufen würden. Dafür bietet der Versailler Vertrag keinerlei Handhabe. Es würde vielmehr dem Wesen und dem Sinne der Volksabstimmung widersprechen, wenn man im Saargebiet ein anderes Regime aufrichten wollte als das, für das sich die Bevölkerung entschieden wird. Ich hoffe, man wird auch bei den anderen beteiligten Stellen erkennen, daß solche Pläne — denen wir niemals unsere Zustimmung geben könnten — nicht nur dem Vertrag widersprechen, sondern daß ihre Verwirklichung auch ein politischer Fehler wäre, der für die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen die nachteiligsten Folgen haben würde.“

Hinter diesen drohenden Worten des Reichsaussenministers sieht man förmlich die Reichswehr, die SA, die SS, die Arbeitsdienstfreiwilligen und das übrige uniformierte Hitlerdeutschland aufmarschieren. Wenn irgend etwas angeht ist die ganze Welt in dem offenen Gegensatz zu Hitlerdeutschland zu betrachten, so ist es diese an das Schwert schlagende Taktik der braunen Führer.

„Erstaunliche Erklärung“

London, 20. Sept. „Daily Telegraph“ schreibt u. a.: Bezüglich der allgemeinen Außenpolitik habe Freiherr v. Neurath erklärt, daß Deutschland nur in zwei Punkten positive Forderungen zu stellen habe. Der eine sei eine „befriedigende Regelung“ der Saarfrage, der andere sei „völlige Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen“. Was den ersten Punkt betreffe, so bilde die letzte Denkschrift von Hitler Knox an den Völkerbund einen eindrucksvollen Kommentar zu Deutschlands ehrfurchtsvoller Erklärung, daß es alles mögliche getan habe, um eine „freie und ehrliche Volksabstimmung“ zu sichern. Was den zweiten Punkt betreffe, so habe Deutschland das Recht zum Wiederaufrufen in praxi mit zunehmender Rüstung vertreten, seitdem es den Völkerbund verlassen habe. Abgesehen davon: Wenn die deutsche Regierung es im Augenblick vorziehe, nur zwei „positive Forderungen“ zu stellen, wie lange werde dieser Augenblick dauern? Wenn diese beiden Forderungen betriedigt seien, werde eine Reihe von anderen unverzüglich folgen.

„Gefährliches Mißverständnis“

Paris, 20. Sept. Der Berliner Botschaftsvertreter zerplündert die Rede u. schreibt, der Reichsaussenminister habe hinsichtlich der deutschen Außenpolitik die schon häufig vorgebrachten Behauptungen wiederholt. Diese Wiederholungen erhöhen aber nicht die Ueberzeugungskraft der Behauptungen. Herr von Neurath habe sich gebüht, die geringste Anspielung auf gewisse, so beunruhigende Tatsachen zu machen, die man alle Augenblicke im neuen Deutschland feststelle. Der Reichsaussenminister habe die Rüstungsgleichheit gefordert, damit Deutschland des Friedens sicher sei und damit Deutschland, wie er sagte, ein Faktor des Friedens in Europa werde; dadurch gehebe er ein, daß es gegenwärtig nicht ein solcher sei; das laute daraus hinaus, daß der friedenswille Deutschlands, den alle seine leitenden Männer beteuerten, sämtlicher Mittel zur Kriegsführung bedürfe, um wirksam zu sein. Hinsichtlich der Saarfrage, so fährt der Botschaftsvertreter fort,

habe sich Herr v. Neurath allgemein auf den Versailler Vertrag bezogen, sich aber wohl gebüht, die geringste Anspielung auf die Abtretung der deutschen Souveränitätsrechte an den Völkerbund zu machen, und auf die Tatsache, daß der Völkerbund auf Grund dieser Abtretung über die Souveränität entscheidet, unter die das Gebiet in Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung gestellt werde.

Zum Schluß habe der Reichsaussenminister hinzugefügt, falls über das Schicksal des Saargebietes entgegen der Zustimmung Deutschlands entschieden würde, würden sich daraus die ungünstigsten Folgen für die internationalen Beziehungen ergeben. Diese kaum verhüllte Drohung stehe in Widerspruch zu der Behauptung des letzten Willens Deutschlands, ein stabiler Faktor des europäischen Friedens zu sein.

In den Bemerkungen Neuraths hinsichtlich einer politisch vernünftigen Regelung der Saarfrage betont der „Matin“-Vertreter, ein jeder sei sich darüber einig, daß in der Saarfrage der Versailler Vertrag zur Anwendung kommen müsse. Aber ob das Ergebnis der Abstimmung „vernünftig“ (in dem Sinne, wie Herr v. Neurath das Wort gebraucht) ausfallen werde, das sei Sache der Saarländer. Nach den ersten Auswertungen der Rede auf die öffentliche Meinung sei ein gefährliches Mißverständnis im Entstehen und werde sich noch verstärken: v. Neurath sage zum Auslande: „Behindert uns nicht etwa im Saargebiet unter Ausbeutung der Vertragsbestimmungen?“. Aber Deutschland beargwöhne das Wort in einfacher Weise wie folgt: „Vah! es euch nicht etwa einfallen, und nicht eine Mehrheit im Saargebiet zustandebringen. Die internationale öffentliche Meinung würde gut daran tun, den Schluß der Rede Neuraths und diese Drohung zur Kenntnis zu nehmen. Das alles wäre aber noch bedenklicher, wenn Deutschland schon jetzt über das Meer verfügte, daß es wünsche und das Neurath fordere.“

Der „Petit Parisien“ überschreibt einen längeren Auszug aus der Neurath-Rede wie folgt: „Eine wichtige

außenpolitische Rede“. Der Reichsaussenminister drohe mit wirtschaftlichen Verriegelungsmaßnahmen den Ländern, die den Kauf deutscher Erzeugnisse verweigern würden.

„Le Republicain“ sagt: Wenn Neuraths anerkennende Worte für den Frieden unrichtig wären, so müsse man doch feststellen, daß er zur gleichen Zeit Dinge wolle, die den Frieden schwierig gestalten, während er alles ablehne, was ihn stärken könne. Deutschland verlange, um am Werke des Friedens mitzuarbeiten, im voraus eine Egalisierung des Beitrags. Das sei ein ärgerlicher Widerspruch.

Polens Vorstoß

Die Frage der Revision der Minderheitenverträge

DNB, London, 20. Sept. „Times“ meldet aus Genf, es verlautete, daß die polnische Regierung ihren von Oberst Bedzalecki im Standpunkt in der Frage des Minderheitenschutzes aufrechterhalte. Angesichts dieser Tatsache sei unter verschiedenen kleineren Mächten ein Vorschlag erörtert worden, im 6. Ausschuss der Völkerbundsversammlung, der sich mit dem polnischen Antrag auf Verallgemeinerung der Minderheitenbestimmungen befassen werde, anzuregen, den Artikel 19 der Völkerbundscharta zur Anwendung zu bringen, der die Revision von unzeitgemäß gewordenen Verträgen vorsieht. Es werde angenommen, daß der Antrag Polens zum Ausdruck bringe, die Minderheitenverträge, die der vor 15 Jahren bestehenden Lage entsprochen, seien jetzt veraltet.

Zum hundertsten Todestage Puschkins

Moskau, 20. Sept. (A. S. U.) Anlässlich des für das Jahr 1937 bevorstehenden Hundertsten Todestages des großen russischen Dichters, Puschkin, dem Schöpfer der russischen Literatursprache, dem Ahnherrn der modernen russischen Literatur, sollte das Präsidium des Zentral-Exekutiv-Komitees der U. S. S. R. den Beschluß, unter dem Vorsitz von Gorki ein Puschkin-Komitee der Sowjetunion zu schaffen. Mitglieder dieses Komitees sind: Borodjlow, Aiswitschew, Kriwow, Schadansow, Jenufide, Stezki, Rubnow sowie eine Reihe anderer Regierungsmitglieder, Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, Literaten, Dichter, Schriftsteller, Künstler der Sowjetunion. Das Komitee ist bereits beauftragt worden, die Ausarbeitung von Maßnahmen vorzunehmen, für die Vereinerung des Gedächtnisses an diesen großen Dichter, sowie für die breite Bekanntmachung seines Schaffens unter den Werttätigen der Sowjetunion.

Ueber den Internationalismus

Die Entwicklung der Welt zeigt, daß Völker und Staaten nicht isoliert leben können; neben ihrer Organisation streben sie die Organisation unter sich, die zwischenstaatliche und internationale Organisation an. Die Menschheit organisiert sich nach und nach als Ganzes, es ist nur die Frage: soll die Organisation der Staaten, Völker und Kontinente auf dem Wege der Gewalt (durch Unterjochung) oder friedlich, föderativ durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Abkommen erfolgen. Die Entwicklung der Menschheit offenbart sich als Entwicklung der Gegensätzlichkeit, des kulturellen, sprachlichen und bevölkerungsmäßigen Kontrastismus. Am Anfang der kulturellen Entwicklung, solange es keine sichere und umfassendere staatliche Organisation gab, bestand dieser Kontrastismus zwischen den benachbarten Stämmen; gewisse Staaten erlangten ein politisches Uebergewicht über die Nachbarkraaten — es entstanden Weltstaaten, Großmächte. Jetzt handelt es sich darum, der Vereinigung der Kontinente und der ganzen Menschheit beizustimmen zu sein. Wenn ich von der Politik verstanne, daß sie der Menschheit diene, sage ich nicht damit, daß sie nicht national sein soll, aber daß sie gerecht und anständig sein soll. Die Menschheit besteht nicht darin, daß wir uns für die ganze Menschheit ereifern, aber darin, daß wir immer und in allem menschlich handeln. Das ist alles.“
L. G. Masaryk

Annemarie Lesser

An Ulrich ist toeben eine Frau gestorben, deren abenteuerliches Leben schon mehrfach in den Zeitungen ausführlich geschildert wurde. Seit fünfzehn Jahren war Annemarie Lesser, die unter dem Namen „Fräulein Doktor“ der deutschen Spionage während des Krieges große Dienste geleistet hatte, eine in einer Züricher Privatklinik als unheilbare Morphiumin lebendig Begrabene. Die Welt hatte sie schon vergessen, obgleich ihr Name seinerzeit durch die Welt gina.

Als ganz junges Mädchen trat sie am 1. August 1914 in den Dienst des deutschen Kriegspropagandabüros ein. Sie verstand es mit ihrer unabweisbaren Geschicklichkeit, ihrer Klugheit und ihrem Charme stets, der französischen Gegenpropaganda zu entweichen, während sie ihrerseits bedeutende antideutsche Spione, wie den schönen „Costa“, den Griechen Rudonanis und die in Erzählungen und Filmen legendenhafte verherrlichte Nata Dari ans Licht lieferte. Ihre Nerven waren dem aufreibenden Berufe aber nicht ganz gewachsen, so griff sie zu den Narkotika Morphinum und Kokain. Und was merkt zur Aufpeitschung der Nerven bei Erfüllung neuer Berufspflichten diente, wurde allmählich Gewohnheit und schließlich Leidenschaft und Krankheit. Volkstommen verfuhr sie von den Giften, wurde sie von ihren Freunden in eine Züricher Privatklinik abbracht, wo die Kosten vom Deutschen Reich als Pension für geleistete Dienste gezahlt wurden. Aber auch dort konnte sie durch unbekannte hilfreiche Hände immer wieder Kokain — zum Veraschen ihrer Veraschen, wie sie sagte — bekommen, und dort ist sie, noch jung, aber total verbrannt, vergessen von der Welt lebt gestorben.

Paris

Deutscher Klub

Am Samstag, dem 22. September, um 21 Uhr: Geselliges Beisammensein mit Tanz. — Zeitungslektüre. — Schachspiele. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 5.— Fr. Gäste willkommen.

Die Rechtsstelle für deutsche Flüchtlinge

Die Rechtsstelle für deutsche Flüchtlinge, 5, Avenue de la République, Paris XIe (Berufsberatung) ersucht uns um folgende Mitteilung:

Die große Bedrängnis zahlreicher Flüchtlinge macht es dringend erforderlich, daß alle hier lebenden Deutschen bei der Vergebung von Arbeiten und Aufträgen soweit irgend möglich ihre in Not befindlichen Landsleute berücksichtigen. Wir bitten daher alle Gelegenheiten hierzu, die nach den gesetzlichen Bestimmungen keiner besonderen Genehmigung bedürfen (sog. freie Beschäftigung), uns mitzuteilen, damit wir uns bemühen können, geeignete Kräfte zu empfehlen.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pich in Dornweiler; für Anzeigen: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schillerstraße 2, — Schillerplatz 70 Saarbrücken.

Nationale Niederlage des „dritten Reiches“

Internationaler Pakt gegen die „Anschlußgefahr“

DNB, Paris, 20. Sept. Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt hinsichtlich der Behandlung der österreichischen Frage melden zu können, daß man sehr eifrig auf eine „in jeder Beziehung empfehlenswerte“ Lösung hinarbeite, die in einer wichtigen internationalen Garantie bestehen würde, z. B., daß sich der Völkerbund zum Garanten der Unabhängigkeit Österreichs mache und daß die Großmächte nötigenfalls dieser Garantie mit allen Mitteln, einschließlich materieller Mittel, Achtung verschaffen würden. Dann würde die „Anschlußgefahr“ für immer behoben sein. Der Berichterstatter sagt, e Verhandlungen seien allerdings langwierig.

Nach der in Genf weilenden außenpolitischen Berichterstatterin des „Devoir“ dürfte die österreichische Frage ihre Lösung in einer Reihe von Abkommen finden.

Das erste Abkommen würde dahin gehen, daß die Großmächte und die kleine Entente die Habsburger Frage als internationale Frage anerkennen (wodurch die Schwierigkeit umgangen würde, die Wiener Regierung zu einer schriftlichen Verpflichtung der Nichtwiedervereinigung der Habsburger zu veranlassen).

Ein zweites Abkommen würde die Opposition der Mächte gegenüber dem Anschluß zum Gege und haben, und ein drittes Abkommen würde wirtschaftliche Vergünstigungen enthalten, die die Nachbarländer Österreichs sich untereinander einräumen würden, falls die ersten beiden Abkommen zustande kommen. Voraussetzung für diese Abkommen sei die Einigung Frankreichs, Italiens und Südtirols. Nach dieser Richtung erstrecken sich gegenwärtig die Bemühungen Barthous.

2. Auflage soeben erschienen!

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken